

Die „Volksmacht“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graubenerstr. 1206,
und durch Subskription zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
pro Bände 20 Mf.
Durch die Post bezogen Mf. 2.50,
frei ins Haus Mf. 2.00,
wo keine Post am Ort, Mf. 2.50.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessanter
Bericht für die
Gesellschaft über den
15. September.
Für Arbeiter, Vereine und
Veranstaltungen
15 Pfennig.
Kundliche Interaktion 25 Pf.
Anfrage für die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 230.

Mittwoch, den 2. Oktober 1907.

18. Jahrgang.

Unzufriedene im Block.

Aus den Verhandlungen des Parteitages der freisinnigen Volkspartei hat man über die Gestaltung der politischen Verhältnisse im nächsten Winter nichts erfahren, die Hoffungseligkeit einzelner Redner stand in scharfem Kontraste zu den festen Anhaltspunkten, an denen eine fruchtbare Blockpolitik auch dem Abseitsstehenden hätte glaubhaft gemacht werden können. Wir knüpften an dieses Ergebnis den Schluss, daß die Tauschwerte Bülow's des Liberalismus gerade im kommenden Winter recht dürftig sein würden und zweitens, daß trotz ihrer Dürftigkeit die drei liberalen Parteien zunächst in ihrer Blocktreue verharren dürften. Am vorigen Sonntag ist nun auch der Parteitag der süddeutschen Demokraten unter Teilnahme aller bedeutenden Vertreter, Kaufmann, Bayer, Storz, Quibbe, Beneden, Wulst, Dr. Heimburger, zusammengekommen und seine Verhandlungen haben den ersten unserer Schlüsse sehr erheblich bekräftigt. Schon aus Paner's, des Kanzleroffices Referat klang der Zweifel an wirklichen Erfolgen des Blockes sehr hindurch. Nachdem er die Einigungsbestrebungen innerhalb der freisinnigen Parteien günstig besprochen und die Haltung der Sozialdemokratie bei mehreren süddeutschen Stichwahlen beklagt hatte, wandte er sich der gegenwärtigen politischen Lage zu.

In den nächsten Monaten werde ja die Entscheidung über das Schicksal des Blockes fallen. Verlage der Block, so ließe der Freisinn nicht schlechter da als in allen früheren Jahren vor seinem Aufkommen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß Bülow nicht nur unter seinen Umständen wieder mit dem Zentrum zusammenarbeiten werde. Bülow werde wahrscheinlich nicht sobald zurücktreten, denn die höhere Stelle, die der Reichskanzler mit seiner Verantwortung beude, habe wohl nicht infolge einer hohen Ansehensklause neue Bahnen in der inneren Politik einschlagen. Eine konservativ-liberale Paarung sei unmöglich, denn es seien zu große prinzipielle Gegensätze vorhanden. Das schließt aber nicht aus, daß man sich, wie auch schon in der Vergangenheit, zur planmäßigen Verfolgung gewisser Ziele vereinigen könne. Die Verhältnisse im Deutschen Reich liegen augenblicklich so, daß bestmögliche alle Hoffnung der Liberalen auf politischen Fortschritt nur auf diesem Block beruhe. Weil dieser Block demnach einen großen Wert auch für den Liberalismus habe, so werde man ihm in Dingen zustimmen, wenn er auch an sich dem Zentrum gegenüber sei. Aber natürlich dürfe einem Liberalen nicht angedeutet werden, irgend etwas zu tun, was seiner Grundüberzeugung widerspreche. Die Konservativen seien durch ein Gefühl der Dankbarkeit für den Reichskanzler, der so viel für sie getan habe, an den Block gebunden. Man könne daher von ihnen schon manches Rückschneidens fordern. Auch kam es sich dabei immer nur um Fortschritt, die die konservativen Parteien in absehbarer Zeit dem Geiste der Zeit gewähren müßten, wenn sie die auch augenblicklich noch verweigern dürften. (Sehr wahr!) Dazu gehört die Reform des Vereinsgesetzes und vor allem auch die Abschaffung des Klassenwahlrechts in Preußen. Die politischen Abmachungen erforderten natürlich auch Vorbereitungen. Es sei ein Fortschritt, daß zu diesen Vorbereitungen in Vorbereden auch liberale Politiker herangezogen worden seien. Redners Besuch in Nordbrabant habe ungehörliche Beachtung in der Presse gefunden. Leider sei es heute noch ganz verkehrt, zu glauben, daß damit süddeutsches Wesen und demokratischer Geist im Norden maßgebend geworden seien. Auch habe Bülow nicht geahnt: „Ich kann den Karren nicht mehr ziehen, telegraphieren wir daher an den Kaiser!“ (Stürmische Heiterkeit.) Sondern er habe lebhaft auch die kleinste liberale Gruppe

zu den Vorbereitungen herangezogen. Er könne auch versichern, daß es unrichtig sei, wenn manche Zeitungen geschrieben hätten, der Reichskanzler habe ihn persönlich eingeleitet (Große Heiterkeit.) An dem guten Willen des Reichskanzlers bei der konservativ-liberalen Vereinigung sei nicht zu zweifeln. Wie weit es gelingen werde, sein Programm durchzuführen, werde die nächste Zukunft lehren. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstage sei sich bewußt, daß sie auf dem Boden ihres Programms stehen dürfe, und dem nächsten Parteitag Rechenschaft ablegen müsse. Deshalb sei ihre Verbindung durch eine Resolution überflüssig. Wollte man aber eine solche, so brauche es keine solche zu sein, die den Beifall der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ finde. (Heiterkeit.) In der preussischen Wahlrechtsfrage habe die konservativ-liberale Fraktion der Süddeutschen Parteien den Mund zu halten, weil es sie nichts anangehe. Aber das Dreiklassenwahlrecht in Preußen sei die schlimmste politische Krankheit Deutschlands überhaupt. (Lebhafte Zustimmung.) Wie viel der erste Anstoß in dieser Wahlrechtsfrage zu tun sei, könne weniger vom Parlament als vom preussischen Volke ab, das sich in der Revision dieses Wahlrechts bisher leider wenig rührte, abgelesen werden. Jedenfalls aber sei die Lage Deutschlands vor dem Au- und Abwande nicht mehr so trostlos wie im vorigen Herbst. Er hoffe dabei, daß sie sich weiter bessern werde und, wenn auch stufenweise, dem größten Ziele des demokratischen Gedankens und des demokratischen Programms immer näher kommen werde.

An dem guten Willen des Kanzlers ist nicht zu zweifeln, in wie weit sich derselbe in Taten umzusetzen vermag — darüber kann kein Mensch zunächst eine Auskunft geben. Auf diesen guten Willen möchte der folgende Redner, der badische Landtagsabgeordnete Beneden die Zukunft des Liberalismus nicht bauen. Er wünscht deshalb ein baldiges Ende der Bruderschaft.

Auch er stehe dem Block bis ans Herz hinan gegenüber. Konservativ und liberal seien unvereinbare Gegensätze, wie Feuer und Wasser. Der Block sei lediglich eine vorübergehende Erscheinung, hoffentlich werde er aber rasch vorübergehen. (Sehr laut.) Für die nächste Reichsversammlung werde man ja noch abwarten müssen, was der Block leiste. Er glaube aber nicht, daß er irgend etwas Verwirklichtes und Ernstliches für die liberale Sache wirken werde. Die angeführten Reformen seien sämtlich keine reinpolitischen Fragen. Es seien keine Fragen, in denen man dem Liberalismus entgegenkomme, sondern es seien durchweg nur Staatsnotwendigkeiten, die die Regierung aus irgend einem Grunde hätte durchführen müssen. Ein wirklicher Fortschritt im freiheitlichen Sinne werde auch in Deutschland nur durch die Zusammenfassung aller liberalen und demokratischen Elemente einschließlich der Sozialdemokratie und im Kampfe gegen die Konservativen erreicht werden können. (Stürmischer Beifall.) Deutschland müsse entweder liberal oder reaktionär regiert werden. — Der Block bedeute zwar die Vereinigung vom Zentrumsjoch, aber ihm sei im Herzen ein badischer Zentrumsmann immer noch lieber, als ein konservativer Junker aus Ostpreußen. (Sehr laut!) Die Junker seien die grundlichsten, erbittertesten und gefährlichsten Feinde des politischen Fortschritts. Diese paar hundert Familien, die die Klinte der Gesetzgebung in der Hand haben, weil sie alle Stellen der Verwaltung besetzen, und die durch die Kamarilla auch das Ohr des Monarchen hätten, seien die größte Gefahr für Deutschlands politische Zukunft. (Leb. Zustimmung.) Die politische Welt in dem hochentwickelten deutschen Volke komme daher, daß es in Deutschland noch nicht wie in Frankreich und England gelungen sei, die Klust zu überbrücken, die zwischen dem bürgerlichen Liberalismus und der Arbeiterdemokratie bestünde. Baden habe bei den letzten Landtagswahlen ein klassisches Beispiel dafür aufgestellt, wie es in Deutschland gemacht werden müßte. Der badische Großblock habe die konservativ-liberale Gefahr praktisch abgewehrt. Er sei nicht die Macht der Führer gewesen, sondern aus dem Volksbewußtsein aus dem Drängen aller freiheitlichen Elemente

heraus geboren zum Zusammenschluß gegen die Reaktion. Diese Ziel eines großen Blocks wie in Baden — er spreche das offen aus — wenn es auch im Moment nicht obvorhanden sei — dieses Ziel einer freiheitlichen Politik mit Hilfe der Arbeiterdemokratie müsse die Deutsche Volkspartei unentwegt im Auge behalten. Jeder Tag, an dem der Block des künftigen Bülow noch bestehe, schreie die Erreichung dieses besten Zieles länger hinaus und vertiefe die Kluft zwischen Demokratie und Liberalismus noch mehr. Gewiß sei es bedauerlich, daß die Sozialdemokratie Quibbe und Blumenthal bei der letzten Reichstagswahl so Falle gebracht habe. Aber man dürfe nicht verzeihen, daß viele bürgerliche Liberale jeden reaktionären Junker und Antiliberalen in sich einen gegen Sozialdemokraten gewählt haben. (Sehr wahr!) Mindestens 30 der schlimmsten Reaktionäre und fast die Hälfte der antisemitischen Fraktion saßen im Reichstage nur dank der Wohlwille der Freisinnigen. Darum sei es begreiflich, wenn auch nicht schön und klug, wie die Sozialdemokratie gehandelt habe. (Zuruf: Gegen und Demokraten!) Wir Demokraten haben allerdings nie reaktionär gewählt. Aber nachdem wir mit den anderen freisinnigen Parteien einen engen Bund eingegangen sind, können wir auch die Verantwortung für sie nicht ohne weiteres abschütteln. Der sozialdemokratische Parteitag hat sich auch dieser Stichwahlen schämt, und für später die Politik vernünftiger Erwägung und nicht des Jörnens gegen die Freisinnigen beschlossen. Unsere Reichstagsaktion wird ja ihrer schwierigen Lage gewachsen sein, aber der Wählerkraft droht Verwirrung. Denn diese ist gewohnt, den bürgerlichen Junker als ihren Hauptgegner anzusehen. Deshalb werden wir trotz den Tag blocken, an dem der Bülow'sche Block in Scherben geht und der Block aller wirklich freiheitlichen Freunde, der Block der Liberalen und Demokraten, gerettet wird! (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Hochrufe.)

Beneden fand mit seinem Fanfarenstöße auch von einer Seite Sufkurz, der es besonders hoch angerechnet werden muß, dem Münchener Professor Quibbe, dem sozialdemokratischen Abstinenz ein Reichstagsmandat vorenthielt. Er führte aus:

Wir bairischen Demokraten verstehen vollkommen die Stimmung unseres Fremden Beneden und stellen ihr Beifall. Unserem Gefühl nach möchten wir lieber heute als morgen heraus aus dem Block. Aber verständnisvoll hatten wir uns auch verpflichtet, ein Zusammenarbeiten mit dem Block zu versuchen. Die Konservativen sind innerlich mit dem Zentrum wohlverwandelt. Sobald das Zentrum durch seine Entfernung von der Regierung herabsinken genug geworden ist, wird ein neuer Reichskanzler wieder mit dem Zentrum zusammenarbeiten. Deshalb müssen wir das Pulver trocken halten für einen bevorstehenden Kampf gegen eine reaktionäre Regierung und gegen eine reaktionäre Mehrheit im Reichstag. Der Reichskanzler hat bei der Reichstagsauflösung sicherlich die Differenzen zwischen der Sozialdemokratie und dem linksliberalen Block vertiefen wollen. Statt des Zentrums und der Sozialdemokratie, einer Mehrheit, auf die man Rücksicht nehmen mußte, wollte er eine Mehrheit von Konservativen und gemäßigten Liberalen, die so verbittert sind, daß sie nach links keinerlei Anschlag mehr haben können. Es ist ja bedauerlich, daß die Sozialdemokratie mit um das Reichstagsmandat gebracht hat, wenn es mir jetzt auch nicht so viel Freude bereitet hätte wie vor zehn Jahren. Dr. David hat mit Recht diese politische Charakterlosigkeit einen Schandfleck für die sozialdemokratische Partei genannt. Aber noch vielmehr bedauere ich die Ausschaltung dieser Haltung der Sozialdemokratie, um immer wieder die Differenzen zwischen ihr und uns zu vertiefen. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen endlich über diesen engen Weg hinauskommen. Hoffentlich kommt bald der Tag, der uns die natürliche Gliederung der Parteien zurückbringt. (Stürmischer Beifall.)

Nach diesen unerwarteten Kritiken sahen sich die Herren Dr. Heimburger, Bayer und Goldschmidt veranlaßt, zu bremsen. Sie versicherten, daß der Hauptteil der Schuld an

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Roman von Elisa Orzeszko.
Einzig autorisierte Uebersetzung von Leonhard Brigen.

12] (Nachdruck verboten.)

Zur festgesetzten Stunde trat Martha in das Haus, welches sich in der St. Georgsstraße befand. In einem schönen, geschmackvoll und sogar ziemlich kostbar eingerichteten Salon kam ihr eine noch ziemlich junge, sehr schöne Frau in zeltender Toilette entgegen, der wahre Thron einer Marchauerin, schalt und grätzelt in der Haltung, mit geistvollem Gesichtsausdruck, mit gnädiger, belebter, doch etwas gesuchter Sprache. Sie war die Gattin eines vielgenannten Literaten, Frau Maria Rudzinska. Dort hinter ihr her sprang ein etwa zwölfjähriges Mädchen in den Salon, mit schelmisch blühenden, klugen Augen, das überaus kurz, kleidchen nach der letzten Mode arrangiert. Seiters lagend sah es eine rote Schnur hinter sich her, die ihm offenbar zu gymnastischen Uebungen gedient hatte.

„Ich habe wohl das Vergnügen, Frau Martha Swizka zu begrüßen“, sprach die Dame, indem sie der Eintretenden freundlich die eine Hand zur Begrüßung entgegenstreckte und mit der anderen auf ein Fauteuil in der nächsten Nähe des Sofas wies. „Frau Rudzinska hat mir gestern so viel von Ihnen erzählt, daß ich mich herzlich freue, Ihre Bekanntschaft zu machen. Ich erlaube mir, Ihnen hier meine Tochter, Ihre zukünftige Schülerin, vorzustellen. Sedwig! Diese Dame will die Güte haben, Deinem französischen Unterricht zu übernehmen; ich hoffe, Du wirst ihr Freude zu machen suchen, und wirst eben so gut bei ihr lernen, wie bei Mademoiselle Dupont!“

Das schlanke Mädchen mit dem heiteren und klugen Gesichtsausdruck verbeugte sich gracios und ohne jegliche Schüchternheit vor der neuen Lehrerin.

In demselben Augenblick ließ sich im Vorzimmer die Glöde hören, doch betrat niemand den Salon. Ganz kurz darauf bewegten sich jedoch die schweren Falten der Portiere, welche die Türe des Nebenzimmers bedeckte, und in der kaum merklichen Öffnung wurden ein Paar glühende schwarze Augen sichtbar, die offenbar einem männlichen Antlitz angehörten, da man auch etwas von den dunkeln in die Stirn krümmten Haaren und vom Badenbarte bemerken konnte. Die Anwesenden, die mit dem Rücken der Türe zugekehrt saßen, konnten den Neugierigen nicht sehen.

Die Dame setzte ihr Gespräch mit Martha fort. „Mademoiselle Dupont, die bis jetzt meiner Sedwig Unterricht erteilt, lehnte ausgezeichnet und das Kind machte große Fortschritte. Mein Mann jedoch ist der Ansicht, und hat auch

mit zu derselben befehrt, daß es nicht richtig von uns sei, die Möglichkeit des Erwerbes der Ausländerinnen zuzulassen zu lassen, da so viele tüchtige Landsmänninnen hier Beschäftigung suchen und ihrer zu ihrem Fortkommen bedürfen. Doch stellen wir an alle Lehrer, die sich mit der geistigen Ausbildung unseres Kindes befassen, die einzige Bitte, daß der Unterricht unwillkürlich und gründlich sei, alle Zweige des gedachten Gegenstandes in der Weise berühre, daß das Kind ihn ganz zu eigen erhalte und imstande sei, bereinst ihn mit aller Sicherheit zu beherrschen.“

Martha verbeugte sich schweigend und erhob sich. „Wenn Sie heute schon mit dem Unterricht beginnen wollen“, sprach sie ebenfalls von ihrem Sitze erhehend, die Dame, „dann bitte ich, in dieses Nebenzimmer einzutreten, in dem die Stunden erteilt werden. Mit freundlicher Gedärde gelte sie auf die rote Portiere, hinter der die feurigen Augen sofort verschwanden.“

Das Nebenzimmer, etwas beschämter eingerichtet als der Salon, zeigte jedoch von Behaglichkeit und gutem Geschmack. An der einen Wand befand sich ein großer Tisch mit einer grünen Tuchdecke, der mit Büchern, Hefen und Schreibgeräten bedeckt war. Hier saß die Sedwig völlig zu Hause und die hübschen Augen zur neuen Lehrerin erhehend, schob sie ihr einen bequemen Lehnsstuhl zurecht und legte einige Bücher, sowie eine Anzahl harter Hefen vor sie hin.

Martha nahm nicht sofort ihren Platz ein. Ihr Antlitz, das ein Moment vergeblichen Strens schmaler und blässer gemacht, brach von tiefem Nachdenken, die Lider waren gesenkt, die Hand, die sich an den Tischrand stützte, bebte etwas. Regungslos stand sie einige Augenblicke da. Es konnte scheinen, als überlege sie die eben gesprochenen Worte von Sedwigs Mutter oder als lege sie sich selbst Fragen vor, deren Beantwortung in ihrem Verstande oder in ihrem Gewissen suchend.

Als sie die Augen erhob, begegnete sie dem Blicke der Frau des Hauses. Der Blick hatte die ganze zarte, schlanke, ausnehmend schöne Erscheinung der neuen Lehrerin umfaßt, hatte das breite weiße Band am Saume ihres Trauergewandes gestreift, und hatte jetzt teilnehmend und etwas neugierig an ihrem nachdenklichen bleichen Antlitz.

„Sie sind in tiefer Trauer“, sprach mit etwas leiser Stimme und langsamem Ausdruck Frau Rudzinska. „Betrauern Sie Ihren Vater oder Ihre Mutter?“

„Meinen Vater“, erwiderte leise Martha und die Lider senkten sich wieder langsam und schwer.

„Sie sind Witwe!“ rief die Dame mit schmerzlichen Tone, in dem jene Empfindung durchflaute, die den Blicken durchschauert, wenn ihn etwas an die Verganlichkeit alles Irdischen erinnert, und Sie haben vielleicht auch Kinder?“

„Deshalb erhob Martha den Blick, in dem es ankündete.

„Ich habe ein Töchterchen“, gab sie zur Antwort, und wie wenn sie durch diesen Ausruf an ihre Pflicht gemahnt worden wäre, setzte sie sich auf den ihr angewiesenen Platz und begann mit immer noch ältlichen Händen die vorgelegten Bücher und Hefen durchzublättern. Martha sah aus den Seiten, wie weit die zwölfjährige Sedwig in ihren Kenntnissen vorgeschritten war. Für die grünlliche Sprachkenntnis und ungewöhnliche Gemächtheit im schriftlichen Ausdruck der vorderigen Lehrerin sprachten die vielen von ihr in den Seiten eingetragenen Bemerkungen. Martha fuhr mit der Hand über die Stirn, als ob sie einem ankündenden Gedanken wehren wollte, und Hefte wie Bücher schließend, richtete sie an ihre Schülerin einige Fragen. Frau Rudzinska hatte sich inzwischen ans Fenster zurückgezogen, griff nach einer Handarbeit und war eben im Begriffe, sich vor ein kleines Tischchen zu setzen, als die Falten der Portiere etwas zur Seite geschoben wurden, und eine langdoile Männerstimme hineinrief:

„Cousine Marie! Darf ich bitten für einen Augenblick?“

Marie schritt leise durchs Zimmer, ließ den freundlichen Blick noch einmal voll auf dem Antlitz der neuen Lehrerin ruhen und zog geräuschlos die von der Portiere bedeckte Türe hinter sich zu.

In der Mitte des Salons stand ein junger Mann von ungefähr 26 Jahren, schlank und gut gewachsen, nach der neuesten Mode gekleidet, mit dunklem, ovalem Gesichte, abenschwarzen Haaren und kohlschwarzen Augen. Seine Erscheinung hatte etwas Freundliches, das sofort für ihn einnahm. Volle leitere Lebenslust, die ungeduldig und heftig zu Worten klang, war deren auffallendster Zug. Bei näherer Betrachtung schen diese Lebenslust sogar etwas übermäßig. Die Augen blühten und funkelten, um die Lippen zuckte es beständig bald lächelnd, bald heiter, und der fortwährend wechselnde Gesichtsausdruck erschien bald wichtig, bald scherzhaft. Der junge Mann verfiel erschallt über eine unversegbare Heiterkeit des Gemütes, aber auch über kaum zu verkennende Sorglosigkeit.

Die etwas verlebte Gesichtsfarbe kontrastierte seltsam mit der Augenbläue der Erscheinung, dem Glanze der Augen und dem fast kindlichen Nachein.

Als Marie den Salon betrat, befand sich der junge Mann in der möglichst sonderbarsten Haltung. Das Antlitz der eben ankommenden Türe zugekehrt, die Gestalt etwas vorgezogen, die Arme ungeschickt, den Blick nach aufwärts gerichtet. Diese theatralischen Gebärde entsprach bei geradezu hochkomische Ausdruck des Entsetzens, der sich in seinen Lippen malte.

„Gruß“, sagte in erwachendem Tone Marie, welche Unvernunft!“

(Fortsetzung folgt.)

dem Fernstudium mit der Sozialdemokratie die letztere trage vor und speziell Herr Wagner hielt ihr alle „Sünden“ meisterlich vor und verteidigte in seinem Schlusswort lobhafter den Block. Das Fortwähren des Blocks würde nur dem Zentrum und der Sozialdemokratie Freude machen. So sei lebhaft zu begrüßen, daß der Liberalismus die Möglichkeit habe, freihändlerische Fortschritte in Deutschland zu erreichen. Denn den Tag der großen Verbrüderung aller Freiheitsfreunde unter dem Banner der Sozialdemokratie werde ja doch keiner der Anwesenden erleben. Der Reichskanzler habe wertvolle Reformen angekündigt und ihre Verwirklichung werde ein entscheidender Fortschritt sein. Darum dürfe sich der Liberalismus nicht in die Rolle hineinspielen, als ob er nur zu nehmen habe, sondern er müsse eifrig versuchen, mit den Konservativen zusammenzuarbeiten. Vielleicht würde ihre Niederlage die Sozialdemokratie bald zur Vernunft bringen. Vorläufig aber sei an ein Zusammenarbeiten mit ihr gar nicht zu denken.

Der Parteitag selbst hat zu der Frage einen Beschluß nicht gefaßt. Er ließ die Sache laufen. Also will auch die Mehrheit der süddeutschen Volksparteier den Blockversuch wagen. Da sich die Tätigkeit aller Kontrahenten bei diesem politischen Geschäft zunächst darauf beschränkt, Hindernisse aus dem Wege zu räumen, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Konstellation der Parteien längere Zeit die geulige bleibt. Bülow fordert keine gar zu hohe Steuern, die freisinnigen keine gar zu freisinnigen Gesetze. So wird es eine Weile gehen.

Am Tage aber, wo der Block bricht, stürzt Bülow und der Liberalismus zerbröckelt. Die Mehrheit ist reif geworden zu ständiger Brüderlichkeit mit der Reaktion. Wo aber die Veneden und Quitten sein werden, ist dann hoffentlich nicht mehr zweifelhaft.

Die Sozialdemokratie hat keinen Grund, sich dieser Entwicklung zu freuen, aber sie zu ändern liegt außer ihrer Macht. Wenn es keine Liberalen und Demokraten mehr gibt, ist der Platz der letzten Aufrechten an unserer Seite.

Politische Uebersicht.

Ein paar Abgeordnete — aber kein gleiches Recht. Die christlich-sozialen wie ein paar Arbeiter-Abgeordnete in den bürgerlichen Parteien findet die unumwundene Genehmigung der „Deutschen Arbeiterzeitung“. Ein paar Abgeordnete von Bürgertums Gnaden, das will das Unternehmungsblatt gern zugehen, aber unter einer Bedingung. Dasselbe schreibt:

„Abermals, einen Vorbehalt müssen wir herbei machen. Geht es den christlich-nationalen Arbeitern, sich mit Hilfe der hiesigen Erwerbsstände einen einigermaßen befriedigenden Bestand im preussischen Abgeordnetenhaus zu sichern, dann müssen ihre Führer auch darauf verzichten, wider die Fundamente Sturm zu laufen, auf denen die Eigenart der preussischen Volksvertretung beruht. Ihr ehemaliger Wahlerfolg liefert ja den besten Beweis dafür, daß das von Leuten wie Naumann und anderen Vorkämpfern für die Arbeiterklasse im Grund und Boden hinein verurteilte preussische Wahlverfahren trotz allem und allem seine recht annehmbaren Seiten auch für die angeblich benachteiligten Elemente der Bevölkerung, das heißt also für die wirtschaftlich Schwächeren, für die Lohnarbeiter, hat. Damit soll natürlich keineswegs widerrufen werden, was wir ehemals hinsichtlich der Verbesserungsfähigkeit des derzeit gültigen preussischen Wahlverfahrens in formeller Hinsicht sagten. Aber an den lebenden Gesichtspunkten, auf die dieses Verfahren sich gründet, darf nicht gerührt werden: anderenfalls würden wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage sein, an die Folgerichtigkeit des Denkens daran zu glauben, die die Sozialdemokratie zu bekämpfen suchen, während sie ihr gleichmäßig die Tore zum Einzug in den preussischen Landtag öffnen wollen.“

So laßt Euch abtrübseln! Ihr bekommt ein paar Arbeiterabgeordnete und wenn einer von ihnen aufmuckt, fliegt er hinaus. Dafür müßt Ihr auch in Zukunft das Erstgeburtsrecht der Gleichheit abtreten. Für die Arbeitgeber ein feines Geschäft. Werden sie Dumme dafür finden?

Zur Religiosität und Vaterlandsliebe zu erziehen, das scheint auch für den neuen Kultusminister Golle die Haupt- und Kernaufgabe der Volksschule zu sein. In einer Ansprache bei Einweihung des Berliner Lehrervereinshauses sagte er über die Aufgaben des Lehrerstandes:

„In langer Geschichte hat sich die durch zwei seiner hervorragendsten Fürsten angebahnte Volksschulpolitik Preußens bewährt. Die heranwachsende Jugend im Wissen, im Gemüt und im Glauben zu tüchtigen Menschen zu erziehen, ist die große Aufgabe der Volksschule. Nur unermüdet, stiller, pflanzlicher Arbeit geschickter Lehrer kann es gelingen, diese Aufgaben der Volksschule zu lösen. Der erste, von Religiosität und Vaterlandsliebe erfüllte Lehrerstand früherer Geschlechter hat diese Arbeit geleistet. Ich habe die feste Überzeugung, daß es auch seinen jetzigen und künftigen Mitgliedern, von demselben Geiste erfüllt, gelingen wird, sie unter den erhöhten Anforderungen der Gegenwart zu vollbringen. Begehrten meiner ersten Sorge ist es, dafür die nötigen Voraussetzungen zu schaffen und zu schaffen durch Förderung der bereits begonnenen Vertiefung zur Vorbildung sowie auch durch Hebung der Gesamtlage des Volksschullehrerstandes in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung.“

Ich hoffe zuversichtlich, daß die erprobten, bewährten Elemente des Lehrerstandes in ihm und in seinen freien Organisationsformen stets kräftig wirksam sein und ihm das Gepräge geben werden als einem Stande, dessen sämtliche Glieder — durch ihre Pflichttreue und Besonnenheit, durch ihre Religiosität und Vaterlandsliebe, durch ihren Eifer und ihre Tüchtigkeit sich bestreben, rechte Vorbilder und Erzieher der Kinder unseres Volkes und kräftige Stützen unseres Staatswesens zu sein.“

Die von vielen Liberalen seit Jahrzehnten erhoffte Modernisierung der Volksschule wird auch unter Golle nicht kommen. Nicht freie Bürger und tüchtige Arbeiter, sondern ihre Diener und fromme Kinder zu erziehen, ist die Aufgabe der Volksschule in unserem Staate!

Der Preuss. bei guter Blockstimmung zu erhalten, das ist jetzt die allüberwiegende Aufgabe der „Nordd. Allg. Ztg.“. Sie hat dies, indem sie kräftig auf Sozialdemokratie und Zentrum herabtrifft und die Lust zu verziehen sucht, die sich zwischen der Arbeiterzeitung und dem liberalen Zentrum angedeutet hat. In der letzten Wochen hat Herr Bülow's Organ: „Die Ereignisse über den Block“ das Zentrum dagegen, wie in der sozialdemokratischen und in der Zentrumspresse jetzt nach den großen jährlichen Versammlungen mit unerschütterlicher Energie fortgesetzt. Tag für Tag wird das

„Sündenregister“ der Blockparteien vergrößert. Tag für Tag bemüht man sich, die eine oder die andere Partei, insbesondere aber die freisinnige Volkspartei, vor weiteren Straußeln zu bewahren. Was diese Ränke bedeuten, ist wohl für jeden Politiker, der den Dingen auf den Grund geht und sich nicht durch doktrinäre Vorurteile verblenden läßt, nachgerade vollkommen klar. Jeder aber sieht es immer noch nicht an liberalen Blättern, die dem Verhalten der Sozialdemokratie eine möglichst günstige Seite abzugewinnen trachten. Wenn in dieser Beziehung der Offener Parteilager als Beweis einer vor sich angehenden Sinnesänderung aufgeführt wird, und wenn man in dieser Veranstaltung in erster Linie einen Vorstoß gegen das Zentrum erblickt, so erscheint uns nicht Optimismus ganz unverständlich. Nicht das Zentrum, sondern der Liberalismus wird von der Sozialdemokratie als Rivale angesehen, jenes wird geschont, dieser aber als Angriffspunkt fest im Auge gefaßt. Die in Offen zur Schau getragene größere Wohlwollen war lediglich von der schlaun Taktik eingegeben, solche Kreise des liberalen Bürgertums, die von Einfalt und Kurzsichtigkeit noch immer nicht gelöst sind, einzufangen.“

Eigentümlich wäre darauf die einzige Antwort: Der Liberalismus muß selbst wissen, wie er sich zu den Parteien zu verhalten hat. Jeder aber weiß er es nicht. Denn während die „Nordd. Allg. Ztg.“ feststellt, obiges sei „ganz die Meinung des Bürgertums“, gibt die „Westf. Morgenpost“ die verbindliche Antwort, das offizielle Organ wolle sich um sich selbst und nicht um die Angelegenheiten des Liberalismus kümmern.

Eine Rinderschutz-Kommission, die sich vor allem die Aufgabe gestellt hat, den Kampf gegen die gewerbliche Rinderarbeit zu führen, hat sich jüngst in Chemnitz gebildet. Die Berichte der Gewerkschaftsbeamten klagen uneingeschränkt, daß das als so segensreich bezeichnete Rinderschutzgesetz vom 30. März 1903 noch verhältnismäßig unbekannt sei, nicht gehörig beachtet und falsch aufgefaßt werde, daß die Arbeiter aber nicht selten erklären, sie seien der Meinung gewesen, der Beachtung des Rinderschutzgesetzes würde keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Damit ist der Petition solcher Kommissionen ein weites Feld gegeben. Wenn die Kommissionen den Aufsichtsbehörden ihre Kenntnis von gesetzlichen Rinderarbeiten übermitteln, so können sie dazu beitragen, dem Rinde zu beharren, und zurückzuführen, was allgemein als das Kindes herrlichste Bestes gilt: das Paradies der Jugend.

Anarchistische Verfolgungen. Auf Veranlassung des Reichsgerichts wurde die Nr. 38 des anarchischen Organs „Der freie Arbeiter“, vom 21. September d. J., wegen des Verstoßes auf Anarchismus und Antimilitarismus, beschlagnahmt. Am Sonntag wurde eine von Anarchisten einberufene öffentliche Volksversammlung, die aber nur schwach besucht war, von der Polizei aufgelöst. Es sollte über den Anarchisten-Kongress in Amsterdam und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse gesprochen werden. Traubste ließ sich über die Taktik aus und meinte, durch Taten und nicht nur mit Worten sei im gegebenen Moment vorzugehen. Auf diese nichtschlagende Versicherung hin erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst. Die Welt wäre auch nicht untergegangen, wenn Herr Traubste vor den paar Leuten weiter geredet hätte.

Auch gegen den Verleger des „Freien Arbeiters“, den Buchhändler Lehmann, ist, wie später gemeldet wird, vorgegangen worden. Lehmann hat einen Ausweisungsbefehl mit kürzester Frist erhalten und wird nach seiner Heimat Oesterreich abgeschoben.

Der liberale Politiker Dr. Theodor Baasch ist am Sonntag von seiner Amerika-Reise wieder in Berlin eingetroffen. Er wird seine Partei kaum wieder gesund machen können.

Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurde in Magdeburg mit Begrüßungsansprachen des Oberpräsidenten von Bismarck, des Oberbürgermeisters Penze und des Handelskammerpräsidenten Arnold eröffnet. Zu Vorsitzenden wurde v. a. Staatsminister a. D. Freyher von Berlepsch ernannt. Der Herr beschäftigten sich am ersten Verhandlungstage mit der Frage der berufsmäßigen Vorbildung der wirtschaftlichen Beamten.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die von der „Frei. Ztg.“ in ihrer gestrigen Nummer gebrachte Mitteilung, daß der Kultusminister beabsichtige, dem Landtag in der nächsten Session noch ein Lehrerfortbildungsgesetz vorzulegen, entbehrt jeder Grundlage und ist völlig unzutreffend. Die Verhandlungen zwischen den Ministern wegen Verbesserung der Gehälter der Volksschullehrer sind in vollem Gange. — Bald so, bald so.

Preussische Gehaltsfragen. Zur Durchführung der geplanten Gehaltsaufbesserungen finden zurzeit im Abgeordnetenhaus unter dem Vorsitz eines Vertreters des Finanzministeriums gemeinsame Beratungen von Ministerialdirektoren und Vortragenden Räten sämtlicher preussischer Ministerien statt.

Gegen die auffälligen katholischen Schafe. Gegen den Kaplan Wödel in Kronach und einige Leute, die an der Sprengung der liberalen Grundbesitzer-Versammlung in Kronach beteiligt gewesen sein sollen, ist Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt worden. Es handelt sich um den von uns gemeldeten Fall, wo aufgestreutes katholisches Volk einen liberalisierenden Pfarrer bedroht — aber nicht mit geistigen Waffen und auch nicht mit christlicher Milde.

Der sächsische Landtag ist auf den 16. Oktober nach Dresden einberufen.

Zum bevorstehenden Reichsvereinsgesetz nahm der Parteitag der süddeutschen Volkspartei folgende Resolution an: Die Deutsche Volkspartei fordert von dem in Aussicht stehenden Reichsvereinsgesetz die Durchführung des Grundsatzes, daß alle Einwohner des Deutschen Reichs uneingeschränkt berechtigt sind, zur Erreichung gesetzlicher Zwecke Vereine zu bilden, und Versammlungen zu veranstalten. Insbesondere aber darf dieses Vereinsgesetz keine Verschlechterung gegen die bestehenden Vereinsgesetze in irgend einem Bundesstaate mit sich bringen. Weiter fordert die Deutsche Volkspartei einen wirksamen Rechtschutz für diese gewährleistete Versammlungsfreiheit.

Eine etwas scharfer formulierte Entschiedenheit, die Quibde vorgezogen hatte, wurde als „bedenklich“ beiseite gelegt.

Anstalt.

Die Ausweisung des Genossen Pifferting aus Preußen wird ein Nachspiel im Reichsrat haben. Unser Wiener Bruderblatt kündigt in einem prächtigen Artikel, der sich gegen die Polizeiverwilliger in Preußen richtet, folgendes an: Die schauderhafte Behandlung der österreichischen Gelehrten durch die preussische Polizei, die Unterdrückung seines Lehramtes gegen Recht und Gerechtigkeit eine wahre Verleumdung unserer nationalen Rechte und muß als solche auch von dem öffentlichen Österreich energig abgewiesen werden.

Sie wird jedoch dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik zur Kenntnis gebracht werden, was an allen Orten, insbesondere in der Delegation eine ausreichende Bekanntheit erfahren. Die Herren in Berlin geben auf auswärtige Sympathien wenig, aber es wäre doch verhängnisvoll, wenn sie einmal überlegen wollten, was solche simuloit Polizeiverwilliger herdentlich in Politik eintragen. Sie haben jener Schule nichts anzuhaben, was sie erreicht haben, ist nicht mehr, als daß sie einen einzigen Menschen in seiner Entwicklung mit dumpfer Hand führen. Aber sie zwingen zu sich werden und vorwärts zu werfen wider den Dreisund auch die Parteien in Oesterreich, die in dem Willkürherrschaft aus einem Friedensbündnis haben und verdrängen; sie führen die Bevölkerung, daß die preussische Reaktion den Wunsch hat, auch nach außen zu wirken. Ob der einzige Erfolg diese Folgen aufweist, fürchte man in Berlin einmal auch darüber. Aber gestrige und heute-mittägliche Behandlung seiner Staatsbürger aus Oesterreich zu beweisen und wird es abzuwarten haben, denn was will ja nicht bloß in Varello, sondern auch in Berlin zivilisiert behandelt werden.

Deutsche als Unterbrücke in der österreichischen Marine. Die die „Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, wurden in Wien zwei Marineoffiziere verhaftet, weil sie dem Kaiser eine Misschrift zum Besten zu einer anderen Kruppe in den Wagen warfen. Die beiden Matrosen, Wiener Kinder, namens Janz und Bauer, wurden den Militärbehörden übergeben und werden wahrscheinlich zunächst wegen der „groben Ungehörigkeit“, der eigenmächtigen Entfernung von ihrem Truppenkörper und der Umgehung des Dienstweges militärgerecht bestraft werden. Das scheinen sie auch in Rechnung gezogen zu haben und nur zu erwarten, daß man trotzdem ihre Beschwerden einer obliegenden Prüfung unterziehen wird. Ueber den Inhalt dieser Beschwerden verliert nicht Genaueres, man erzählt nur, daß die beiden jungen Leute, seitdem sie auf einem Torpedoboot Dienst tun müssen, unermüdet um eine Entlassung aus dem Dienst unter den italienisch und kroatisch sprechenden Marineoffizieren und würden deshalb von den Kameraden als Fremdlinge behandelt.

Die Tagungsvorbereitungen beim Landmarschall. Im Wahlkreis in Galizien meldet ein Telegramm aus Lemberg: Eine aus vierzig Italienern bestehende Deputation der sozialdemokratischen Partei begab sich heute unter Führung der Abgeordneten Huber, Dr. Diamand, Dr. Kobermann und Morawski und des Landtagsabgeordneten Szynigelski zum Landmarschall Grafen Babe ni in das Landtagsgebäude, um für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes einzutreten. Zu derselben Zeit hatte sich in dem dem Landtagsgebäude gegenüberliegenden Stadtpark eine zahlreiche Volksmenge angesammelt, während der Platz und die zum Landhaus führenden Straßen durch Polizeiwache und Gendarmen abgeperrt waren.

Auf die polnische Ansprache des Abgeordneten Huber und die ruthenische Ansprache des Abgeordneten Szynigelski erwiderte der Landmarschall, daß er seinen Standpunkt in der Wahlreformfrage bereits vor zwei Jahren gegenüber einer aus Anlaß der Reichswahlreform bei ihm erschienenen Arbeiterabordnung wie auch neuer in seiner Eröffnungsrede im Landtag dargelegt habe. Dieser Erklärungen habe der Landmarschall weder etwas hinzuzufügen noch etwas wegzunehmen. Trotz der vorgerückten Zeit gebe er die Hoffnung auf das Zustandekommen der Landtagswahlreform nicht auf und er werde, soweit es in seiner Kompetenz liege, sich für die Förderung hierzu betätigen. Der Landmarschall verabschiedete sich sodann in freundlicher Weise von der Deputation, in deren Namen Abgeordneter Dr. Diamand und Landtagsabgeordneter Szynigelski der im Stadtpark harrenden Menge über den Verlauf des Empfanges unter Beifallrufen Bericht erstatteten.

Die Rekrutenaushebung in Russland und die Sozialdemokratie. Man schreibt uns aus Petersburg:

Die Rekrutenaushebung, die in diesem Jahre 468,000 Jünglinge ihrer gewohnten Beschäftigung entziehen und in die Kaiserarmee werfen wird, hat vor dem Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei die Frage aufgeworfen, welche Stellung die Partei zu der bevorstehenden Aushebung einnehmen solle. Auf einer seiner letzten Sitzungen gelangte das Zentralkomitee zum Schluß, daß gegenwärtig von einer Agitation für die Militärdienstverweigerung keine Rede sein kann: dazu fehlt sowohl eine günstige gesellschaftliche Situation, als auch die geeignete Stimmung der Massen und eine genügend starke Massenbewegung. Noch mehr: bei den jetzigen Bedingungen könnte eine derartige Agitation nur Schaden zufügen, indem sie die vorgeschrittenen Elemente des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Bourgeoisie vom Eintritt in die Armee abhalten und dadurch die revolutionäre Propaganda in der Armee schwächen könnte. Um so wichtiger ist es im Interesse dieser Arbeit in der Armee, daß organisierte Parteigenossen in dieselbe eintreten. Die Propaganda in den Reihen der Armee ist gegenwärtig für die Sache der Revolution und der Sozialdemokratie weit wichtiger, als die Verweigerung der Dienstpflicht.

Indem das Zentralkomitee in seinem zweiten Rundschreiben an die Parteiorganisationen diese von seinem Beschluß in Kenntnis setzt, empfiehlt es im weiteren, energische Maßregeln zu ergreifen um durch Verbreitung geeigneter Literatur, durch Bildung von Rekrutengruppen zum Zweck der Propaganda, durch Herstellung möglichst enger Verbindungen zwischen den Rekruten und der Partei, die Propaganda unter den Rekruten möglichst zu fördern. Was den Inhalt dieser Agitation und Propaganda betreffe, so sei „unter den allgemeinen Aufgaben der sozialdemokratischen Tätigkeit in erster Linie eine antimilitaristische Agitation im Sinne der Resolution zu führen, welche auf dem Internationalen sozialistischen Kongress in Stuttgart angenommen worden ist.“

Neue Meutereien der Schwarzmeerflotte. Aus Odessa und Sebastopol erhalten verschiedene Londoner Zeitungen Meldungen über eine neue ernste Meuterei auf mehreren Kriegsschiffen der Schwarzmeerflotte. Mächtige Zusammenstöße zwischen den anführerischen Matrosen und den Offizieren fanden statt. Diese wurden von einer Minderzahl der dem Haren treuen Matrosen unterstützt. Im ganzen wurden 6 Offiziere von den Meuterern getötet. Außerdem erlitten viele Offiziere Verwundungen in den schweren Kämpfen, die sich auf Deck entspannen. Die meuternden Matrosen machten gemeinsame Sache mit den Artilleristen der Landbesatzungen, die ebenfalls meuterten. Einige Kriegsschiffe verließen später Sebastopol unter dem Kommando der siegreichen Meuterer. Es heißt, daß sie nach Odessa unterwegs sind. In Odessa herrscht deshalb große Aufregung, da man befürchtet, die verzweifelt Meuterer könnten die Stadt bombardieren. Die ganze Affäre bleibt aber teilweise in Dunkel gehüllt.

Ein Telegramm von heute früh meldet uns noch: Soldaten des 100ten Regiments bewachen den Hafen. Die Berichtsbreuer hatten die Absicht, die Staatsbanken zu überfallen, was aber misslang. Eine strenge militärische Zensur ist eingerichtet. Wegen des Vorfalls in der Westflotte wurden die früheren Leutnants Kwantun und Ginsky verhaftet.

Die Schwarzerien der rumänischen Regierung bei den Danearmaturen in diesem Frühjahr sind noch teils in aller Erinnerung. Oben die Bestätigten, die sich die „liberale“ Regierung nach der Niedertrümpfung des Aufstandes aufbewahren ließ. Erst allmählich kommt die ganze Ungehörlichkeit all der unglücklichen Schandthaten zum Vorschein, obwohl sich die Regierung die größte Mühe gibt, alle Spuren ihres Verbrochens zu verwischen. Nach und nach veröffentlichte Offiziere, Gutsbesitzer, Lehrer und Geistliche ihre Bekannnisse über die Vorgänge während der militärischen Operationen; es erschienen Angaben über die Organisationsgegenwärtiger Minister vor den Unruhen und haarsträubende Einzelheiten über das Hausen der Soldateska im Aufstandgebiete. Jetzt hat gar ein Richter den Mut gefunden, Anklagen gegen die Meuterer zu erheben und ihr öffentliches Verbrechen vor

Grüßungen.
 Ehrenstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags.
 A. A. Anfragen ohne Namensunterschrift und Adresse beantwortet wir nicht.
 B. C. Die Redaktion hat unseres Wissens im Blickgebäude auf dem Luisenplatz noch nie Vorstellungen gegeben.
 S. 30. Die Anmeldung der freiwilligen Versicherung muss innerhalb einer Woche nach dem Austritt aus der Arbeit beim Krankenkassen-Vorstand erfolgen. Wer von dem Rechte der Weiterversicherung keinen Gebrauch macht, hat nur noch innerhalb drei

Wochen nach dem Austritt aus der Beschäftigung Ansprüche auf Kranken-Versicherung zu.
 B. C. Die Redaktion hat unseres Wissens im Blickgebäude auf dem Luisenplatz noch nie Vorstellungen gegeben.
 S. 30. Die Anmeldung der freiwilligen Versicherung muss innerhalb einer Woche nach dem Austritt aus der Arbeit beim Krankenkassen-Vorstand erfolgen. Wer von dem Rechte der Weiterversicherung keinen Gebrauch macht, hat nur noch innerhalb drei

Polizeikommission
 Vorsitzender: Vorsitzender Gustav Schott, 4. Etg.
 Neuer Grauburgstr. 5, 2. Etg.
 Gewerkschaftshandwerker sind im Parteisekretariat des Gewerkschaftsvereins zu haben.
 Sekretariat für Arbeiterfragen.
 Bureau: Adlerstr. 8. Telefon 8868.
 Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Grauburgstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schott. — Druck von Th. Schott & Co. — sämtlich in Breslau. — Stern 1 Beilage.

Am 29. v. M. vorstarb nach längerem Leiden unser Freund und Kollege, der Tischler
Heinrich Riemer
 im Alter von 72 Jahren. 4808
 Ehre seinem Andenken
 Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
 Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, Neue Tauentzienstrasse Nr. 37.

Ich wohne jetzt (4812) Weg. Wilsch-Diwan, Bettstell. m. Matr. 5. g. vert. Koberstr. 1, I. Etg. (4804)
Möbelfabrik
 Verkauf gebr. Möbel, Korbwaren, Vertikale, Bettstellen, Sofas, Kommoden, Waschtische, Küchenschiffe, etc. Wohn-Einricht. g. 30, 30, 70 M. Preisverzeichn. 66, am Luisenplatz. (4810)

Ich wohne jetzt (4771)
Victoriastr. 105
 (an der Kaiser-Wilhelmstr.)
Dr. Georg Kobrak.
 Kaufe gebr. Möbel, Federbetten, Teppiche, ganze Wohn-Einrichtungen gegen sofortige Zahlung. 4810
 Wähler, Gartenstraße 36.

Für Stadt und Regierungsbezirk Breslau suchen wir geeignete Herren als Inspektoren.
 Neben gutem, festem Gehalt, Kapazitäten und Spezialexpertise. — Noch nicht im Besonderen erhalten gründliche Unterweisung. Offerten sub H. B. an die Expedition der Zeitung.

Stadt-Theater.
 Dienstag: „Der Freischütz“.
 Mittwoch: „Die Hübner“ (2. Abend).
 Donnerstag, Anfang 8 Uhr: „Salome“.

Zeltgarten
 Dir. H. Krausnik.
 Seit Dienstag
1. Gastspiel
 des weltberühmten
Conte Serano
 mit seiner wilden Einzelgängerin

Lobe-Theater.
 Dienstag: „Die lustige Witwe“.
 Mittwoch: „Die lustige Witwe“.
 Donnerstag: „Süßensiebener“.

Löwen-Gruppe.
 Dazu die vollständigsten
Spezialitäten.
 10
Attraktionen.
 Durch den enormen Erfolg keine Erhöhung der Eintrittspreise.
Entree 30 Pfg.
 Reserviert 50 Pf.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.
 Dienstag, Gruppe A, 4. Vorstellung: „Der Brinngemahl“.
 Freitag, Gruppe B, 4. Vorstellung: „Der Brinngemahl“.

Feenreich
 Zeltgarten - Tunnel.
Neue Kapelle.
 Ungar. Tamburica-Kapelle
Kolibri.
 Entree frei.

Schauspielhaus
 Dienstag, 8 Uhr: „Boccaccio“.
 Mittwoch, 8 Uhr: „Boccaccio“.

Palmengarten.
 Dir. H. Krausnik.
 Des kolossalen Erfolges wegen prolongiert bis 7. Oktober
Elite-Orchester
Naupold.
 Entree frei.

Liebichs
 Etablissement.
 Gänzlich neues Programm
11 Schlager 11.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Butter-Gras
 Pflanzenfett mit Buttergeschmack zum Streichen, Baden und Fräsen liefert Pfund nur 58 Pf.
J. May sen.
 Büttnerstraße 7.

Victoria-Theater
 (Simonsauer Garten).
Gastspiel
Blatzheim
 und die neuen Attraktionen.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonst an Wochentagen gültig.

Möbel Spiegel.
Polsterwaren
 in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt.
Kein Abzahlungsgeheimnis
 gewährt aber gern Teilzahlung.
Preis enorm billig.
 Tischgarnitur 100 M.
 Salontisch 18 „
 Truhen mit Aufsatzschloß . . . 60 „
 Sessel 60 „
 Vertikal 45 „
 Spiegel mit Schränken und Aufsatzschloß 25 „
 Diwan in gutem Stoff 38 „
 Vertikale mit Platte 38 „
 Rohrbett mit hoher Lehne 4 „
 Spiegel, Läufer, Kissen, etc. und sonst. and. Einrichtungsgegenstände nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Cabaret „Folies Bergere“
 (Palast-Restaurant.)
 4305
 Nur
erklässliche Künstler.
 Täglich 9 1/2 - 1 Uhr.
 Aufheben: Zigeuner-Kapelle.

Butter-Gras
 Pflanzenfett mit Buttergeschmack zum Streichen, Baden und Fräsen liefert Pfund nur 58 Pf.
J. May sen.
 Büttnerstraße 7.

Auf Teilzahlung
 zu
 soliden Preisen
Möbel und Polsterwaren.
Konfektion
 für Herren und Damen etc.
 in dauerhaften Qualitäten liefert nur
M. Grau Nachf.
 3, I. Albrechtsstrasse 3, I.
 Eingang Altbückerstrasse 9. 4802

Möbel Spiegel.
Polsterwaren
 in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt.
Kein Abzahlungsgeheimnis
 gewährt aber gern Teilzahlung.
Preis enorm billig.
 Tischgarnitur 100 M.
 Salontisch 18 „
 Truhen mit Aufsatzschloß . . . 60 „
 Sessel 60 „
 Vertikal 45 „
 Spiegel mit Schränken und Aufsatzschloß 25 „
 Diwan in gutem Stoff 38 „
 Vertikale mit Platte 38 „
 Rohrbett mit hoher Lehne 4 „
 Spiegel, Läufer, Kissen, etc. und sonst. and. Einrichtungsgegenstände nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Dr. Hirschberg
 brakt. Prät.
 Ich wohne jetzt (4771)
Victoriastr. 105
 (an der Kaiser-Wilhelmstr.)
Dr. Georg Kobrak.
 Kaufe gebr. Möbel, Federbetten, Teppiche, ganze Wohn-Einrichtungen gegen sofortige Zahlung. 4810
 Wähler, Gartenstraße 36.

Damen-Filzhüte
 direkt in der Fabrik
 Neue Grauburgstr. 11, Hof, Freund & Krebs. 4310
 Filzhüte werden modernisiert.

Zentralverband der Schmiede Deutschlands.
 Zahlstelle Breslau. Büro: Leuthenstr. 32, II.
 In Nr. 229 der „Volkswacht“ ladet der Deutsche Metallarbeiterverband zu einer Schmiede-Versammlung auf Mittwoch, den 2. Oktober, im „Schweizerhof“ ein.
 Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich nur um eine Versammlung der im Metallarbeiter-Verbande organisierten Schmiede und deren besondere Angelegenheiten handeln kann. — Zur Wahrnehmung und Vertretung der Interessen der Schmiede ist die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anerkannte Organisation der Zentralverband der Schmiede Deutschlands.
 Mit Gruß
Die Ortsverwaltung.
 J. H. Aug. Peukert.
 4809

Eltern und Vormünder!
 Gebt Euren Kindern und Schutzbefohlenen einen
Schatz
 fürs ganze Leben
 und laßt sie zu tüchtigen Buchhändlern, Komptoristen, Korrespondenten heranzubilden in
Heinrich Barber's
 ältester Handelslehreanstalt
 Breslau I, Grauburgstr. 12.
 Begr. 1875. Tel. 2447. Begr. 1875.
 Kaufen Sie direkt, 8. spar. ein Vermögen. Franko g. N.
400 neue Salzheringe
 mittel grobe M. zart und weich, wirkliche
 Delikatessen, 8. Dauerw. Voll Fett! Bestes zu Pellkart. u. z. Marlin
 in Milcheraussee 10 Ml. 1/2 à 5 Pf. 70 à 2 M. (4804)
 1/2 Fass allerbeste u. grösste MK., 12 Ml. 1/2 à 0/1 ca. 60 à 2 M.
 Degeners Grossfischer-Export v. 1881. Swinemünde 58.

Schuhmacher
 A. Repar. v. Filzstiefeln und Remontieren. Günstige Preise.
C. Lowin, Bückerplatz 9, I.

Schriftl. Nebenwerb.
 Abschreiben von Berichten u. Abreisen vergütet
Mathias Pieck, Kelz, Bez. Aachen.

Junges Mädchen zur Bedienung ges. von 8-3 Uhr, bei Ernst, Schmiedebrücke 36/38. (4811)

Bettfedern und fertige Betten.
 Spezial: Brautausstattung.
 Preisliste gratis und franco.
Julus Immerglück
 Dresd., Reustsch. 16/17.

Butter-Gras
 Pflanzenfett mit Buttergeschmack zum Streichen, Baden und Fräsen liefert Pfund nur 58 Pf.
J. May sen.
 Büttnerstraße 7.

Möbel Spiegel.
Polsterwaren
 in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt.
Kein Abzahlungsgeheimnis
 gewährt aber gern Teilzahlung.
Preis enorm billig.
 Tischgarnitur 100 M.
 Salontisch 18 „
 Truhen mit Aufsatzschloß . . . 60 „
 Sessel 60 „
 Vertikal 45 „
 Spiegel mit Schränken und Aufsatzschloß 25 „
 Diwan in gutem Stoff 38 „
 Vertikale mit Platte 38 „
 Rohrbett mit hoher Lehne 4 „
 Spiegel, Läufer, Kissen, etc. und sonst. and. Einrichtungsgegenstände nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

JASMATZI CIGARETTEN

werden am meisten gekauft, weil sie von wirklichen Kennern als die preiswertesten geschätzt werden.

Jasmatzi-Poi	1 Pfg.
Jasmatzi-Lucca	1 "
Jasmatzi-Uncas	2 "
Jasmatzi-Rillan	3 "
Jasmatzi-Ramses	3 "
Jasmatzi-Pteo	4-25 "

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden.
 Grösste Deutsche Cigarettenfabrik.

Überraschende Neuheit

garantiert unschädlich
 kein Chlor
 kein reiben

Persil

vollständig ungefährlich
 kein Waschbrett
 kein bürsten

Modernes Waschmittel für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.
 Zu haben in allen Kolonial-, Drogerie- und Seifen-Geschäften.

Starker Tabak.

Unter den Schauergerichten, die alltäglich verknüpft aus den bürgerlichen Zeitungsblättern hervorgehen und die Welt von der Schleichheit der Sozialdemokratie und ihrer Führer näher unterrichten, befand sich vorige Woche eine besonders faßliche Ente. Sie flatterte natürlich zuerst in der „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ auf und betitelt sich: „Vom roten Gemeinderat in Steinbach“.

- 1. Wegen ihren Schulden ist eine Untersuchung im Gange, weil er der Gemeinde mehr Kohlen berechnet haben soll, als dieselbe erhalten hat. Dieser Schuldschein hat die Kohlen, welche unter dem früheren Schultheißen die Gemeinde zu Schulzwecken selbst bezog, auf seinen Namen kommen lassen, wofür er sich nun von der Gemeinde Prokura vergrüßen läßt.
2. Wegen den Beschäftigungsführer der Genossen wurde von der eigenen Tochter Anzeige wegen Blutschande erpart. Eine Bestrafung konnte nicht mehr erfolgen, weil die Sache verjährt war.
3. Zum Schiedsmann wurde von den Genossen einer ihrer besten Führer gewählt, welcher bereits wegen normidriger Eigentumsbegriffe einen Rufus hinter schwedischen Gardinen durchgemacht hatte.

Die „Reichsverbands-Korrespondenz“ fährt dann fort: „Es ist mindestens recht auffallend, daß sich seit dem sozialdemokratischen Regiment der Kohlenverbrauch im Interesse der Gemeinde von 150 auf 381 Zentner vermehrt hat. Während ferner die Jagdpacht vorher 705 Mark einbrachte, beträgt die Gemeinde unter der Genossenschaft nur 90 Mark. Alles in allem genommen, haben die Genossen die städtischen Einnahmen aus dem Säckel der Steuerzahler vermehrt, wogegen sich die Ueberschüsse von Jahr zu Jahr verminderten, so daß die Ausschüssebehörde gezwungen war, im Juli 1907 Artikel 103 der Gemeinde Satzung zu geben, sich eine Vertretung zu wählen, die sich bei der Ausübung ihres Amtes nur durch die Rücksicht auf das Wohl der Gemeinde leiten läßt. Nicht ein einziger Sozialdemokrat ist weder in den Gemeinderat gewählt worden. Vielleicht macht dies glänzende Wahrscheinlichkeit Schule.“

Selbstverständlich machen diese ungeheuerlichen Anschuldigungen durch einen Teil der Ordnungspresse die Runde. Geredeter Weise wollen wir aber feststellen, daß der größere Teil der Breslauer Presse sich geschämt hat, sie zu kopieren. Um der Gerechtigkeit auf den Grund zu gehen, ist unser Parteigenosse, der meinige Landtagsabgeordnete Arthur Hofmann, dieser Tage an Ort und Stelle gewesen. Das Resultat seiner Nachforschungen veröffentlicht er unter seiner Verantwortung in Nr. 225 des zu Saalfeld erscheinenden „Volkblatts“.

„Da ist vorerst die Kohlenlieferung. Das Kreisamt schreibt nach dem (Ordnungsparteilichen) Flugblatt, daß, während früher nur 150 Zentner Kohlen verbraucht, 1906 dagegen 381 Zentner angefordert wurden. Gätten die Flugblattschreiber aber der Wahrheit die Ehre geben wollen, so hätten sie nicht die Frage ansetzen dürfen, wie sich die Differenz erklären lasse, sondern sie hätten konstatieren müssen, daß 1906 nicht nur ein Verbrauchs mehr zu heizen, sondern auch Sanbfertigkeit und Kochunterricht eingeführt worden ist. Der höhere Kohlenpreis gegen 1901 erklärt sich wohl ganz von selbst aus dem enormen Steigen der Kohlenpreise während dieser Zeit. Ferner betonen die vernommenen Leute, daß die 1906 bezogenen Kohlen nach längst nicht aufgebraucht, sondern zum Teil noch vorhanden gewesen und die neu angeschafften Kohlen auf die noch vorhandenen geschüttelt worden seien.“

Der Beschäftigungsführer, dem die Gegner das verjährte Vergehen der Blutschande nachsagen, ist durchaus nicht etwa von einer sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit, sondern von einer einstimmig als Rechnungsführer gewählt worden, als die Sozialdemokraten im Gemeinderat nur 3 Sitze (von 12) inne hatten!

Der Schiedsmann, dem man „normidriges Eigentumsbegriffe“ vorwirft, ist ebenfalls von einer bürgerlichen Mehrheit einstimmig gewählt worden. Als er den ihn vererbenden Amtsrichter selbst an die Jugendstunde, die er vor 24 Jahren als 15jähriger Junge zu schulden kommen ließ, erinnert, antwortete der Amtsrichter: „Machen Sie doch keine Geschichten; Sie sind gewöhnt, haben den Dummjungenkreiß geübt und damit basta!“ Heute auf einmal erscheint der „Dummjungenkreiß“ als gesundes Fressen. Nebenbei sei bemerkt, daß derselbe Mann auch heute noch das Schiedsmannamt verwaltet!

Die Angelegenheit der Jagdpacht klärt sich nach Hofmanns Mitteilungen wie folgt auf:

„Vor mehr als 20 Jahren wurden einmal ganze 5 Mark dafür vereinbart, später zahlte das Hofmarschallamt 130, dann 205 Mark. Durch künstliches Treiben beim Meien auf die Pacht seitens eines zu tiefgeschmähnten sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedes (!!) erreichte sie dann bei dem vorerwähnten Wachttermin die Höhe von 705 Mark. Da auch die benachbarten Jagden in die Höhe gegangen waren, glaubte man beim letzten Jagdpachtvertrich noch etwas mehr erzielen zu können, und so bot das selbe sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied, das durch sein früheres Eingreifen beim Meien das Hofmarschallamt auf 705 Mark getrieben hatte, wiederum bis auf 715 Mark. Das Hofmarschallamt aber ging nicht über den bisher gezahlten Satz hinaus, und so wurde die Pacht dem Gemeinderatsmitglied, der nur, wie früher, im Interesse der Gemeindefasse geboten hatte, zugeschlagen. Nach einem Uebereinkommen zwischen ihm und dem Oberförster als Beauftragten des Hofmarschalls aber einigte man sich dahin, daß letzteres Meien in den Wachtvertrich mit 705 Mark eintreten sollte. Diese Abmachung war auch bereits vom Herzog genehmigt und das Schriftstück von ihm eigenhändig unterschrieben. Der Kontrat aber verlagte dieser Abmachung die Genehmigung, ein neuer Verpachtungstermin wurde ausgeschrieben, das betreffende Gemeinderatsmitglied aber hätte sich natürlich schämen, in der Gemeinde als Meien als Meier aufzutreten, und so erhielt das Hofmarschallamt die Jagd für Jagd und Lohne 90 Mark zugeschlagen. Die gerechte Entschädigung“

die dieser Ausfall angeblich unter der „gesamten Bürgerchaft“ hervorgerufen hat, kann sich umwählig gegen die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder, sondern höchstens gegen den Landratspräsidenten, der mit seinem Eingreifen in die Verpachtungsangelegenheit die früher höhere Einnahme verminderte!“

Weiter begegnet Hofmann dem Vorwurf der finanziellen Mißwirtschaft des früheren Gemeindevorstandes:

„Es wird dort erwähnt, daß trotz der gesteigerten Einnahmen die Ueberschüsse weniger geworden seien, so daß man zuletzt sogar zu einer Anleihe habe greifen müssen, und anstatt einer früher „geldtrockenen Kasse“ sei eine total leere Kasse übergeben worden. Dazu wurde berichtet: Anstatt eines laufenden Schuldenstands von früher 4300 Mark, beträgt derselbe jetzt 7000 Mark, also 2700 Mark pro Jahr mehr. Alsdann erforderte allein die durch Landesgesetz auf die Gemeinde abgewälzte Dullenhaltung eine Erhöhung der Umlagen um 10 Prozent. Ferner ist es eine grobe Unwahrheit, daß mit ihr die Vermehrung der Einnahmen nichts geleistet worden ist, da allein für die Herstellung des neuen Schulgebäudes aus laufenden Mitteln 27.000 Mark aufgebracht worden seien. Die Uebergabe der leeren Kasse resultiert aber auch daher, daß die Uebergabe im März erfolgte, nachdem am Jahresanfang alle Verpflichtungen und laufenden Ausgaben und Gehälter beglichen worden waren, während der neue Steuerrechnungstermin kurz bevorstand! Aber wiederum muß darauf hingewiesen werden, daß alle diese Geldausgaben im Gefolge haben die Einnahmen einstimmtig gemacht worden sind, es darum lächerlich ist, daß die im Gemeinderat sitzenden Sozialdemokraten verantwortlich machen zu wollen! Es ist deshalb nur der Gipfel der Absurdität, noch darauf hinzuweisen, daß jeder Punkt „altenmäßig“ belegt werden könne.“

Noch eine weitere Reihe von Anschuldigungen fertigt Hofmann bündig ab; da sie aber von der Mehrzahl der Ordnungsbüchler nicht erwähnt werden, wollen auch wir vorab auf sie nicht eingehen. Wenn Hofmann nun noch berichtet, daß die Neuwahlen zum Gemeinderat, bei denen die Sozialdemokratie ausgeschaltet wurde, unter Anwendung der denkbar unsaubersten Praktiken von Seiten der Gegner erfolgten, dann ist das Bild voll.

Der Raum unseres Blattes ist natürlich zu kostbar, um auf jede Ente in dieser Weise Jagd zu machen und sie vor dem Leserkreise zu zerlegen. Als ein Schulbeispiel dafür, wie der Reichsverband erfindet und entstellt, war die Abweichung von unserem Prinzip aber geboten. Mehnlich wie hier liegt die Sache immer, wenn ein neues Pamphlet über die Sozialdemokratie hinausgeht, nicht nur vom Reichsverband aus, sondern auch von einzelnen gelehrigen Schülern, die derselbe sogar bei den Hirsch-Dunderschen Führern gefunden hat. Wir glauben aber besser zu tun, wenn wir unseren Raum statt zu persönlichen Nichtigstellungen zu prinzipiellen Belehrungen benutzen.

Das Urteil im Verleumdungsprozeß Roeren-Schmidt.

In Köln erfolgte am Sonnabend Nachmittag 1/2 Uhr, wie wir bereits gestern kurz meldeten, unter ungeheurem Andrang des Publikums die Urteilsverkündung im Verleumdungsprozeß des Reichstagsabgeordneten Oberlandesgerichtsrat a. D. Julius Roeren-Schmidt gegen den früheren Bezirkskommandanten in Logo A. Schmidt. Schon lange vor der festgesetzten Stunde drängte sich vor dem Gerichtsgebäude eine vielhundertköpfige Menschenmenge, die von einem zahlreichen Schutzmännersaufgebot zu Pferde und zu Fuß nur mit Mühe zurückgehalten werden konnte. Als die Türen zum Zuscherraum geöffnet wurden, füllte sich der kleine zur Verfügung stehende Raum sofort bis auf den letzten Platz. Von den Parteien war niemand zur Stelle. Unter allgemeiner Spannung ver kündete hierauf der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Ruhn das folgende unseren Lesern bereits bekannte

Urteil: Der Angeklagte Geo A. Schmidt ist der öffentlichen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten Roeren schuldig und wird zu einer Geldstrafe von 100 Mark eventuell 10 Tagen Haft und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

In der hochinteressanten Begründung führte der Vorsitzende aus: Der Angeklagte war seit Februar 1902 Stationsleiter des Bezirks Altpfanne und in diesem Bezirk bestand sich auch eine katholische Mission. In der ersten Zeit der Tätigkeit, des Angeklagten bestanden zwischen ihm und der Mission gute Beziehungen und gesellschaftlicher Verkehr. Seit dem Jahre 1903 entstanden — durch dessen Verschulden, kann dahingestellt bleiben — Meinungen zwischen dem Angeklagten und der Mission, die zu heftigeren Streitigkeiten und Prozessen führten. Der Vertreter der Mission in diesem Prozesse war Rechtsanwalt Court, der sich vorerwähnte Abschriften zahlreicher Protokolle und anderer Urkunden angefertigt und dieses Material nebst seinen Gabellen dem Privatkläger zur Verfügung gestellt hat. Im Jahre 1904 wurde der Angeklagte nach Kamerun versetzt und zwar, wie der Zeuge Dr. Stübkel auszusagt, auf Betreiben der Mission, weil nicht nur eine Schädigung der von der Regierung unterstützten Mission sondern auch des Ansehens der Weissen überhaupt zu befürchten war. Am 3. und 18. Dezember 1906 hielt der Privatkläger im Deutschen Reichstag seine besonnenen Reden. Der Zweck dieser Rede war der Hinweis auf die beschriebenen Umstände, deren Fortbestand die Entwicklung der Kolonie Logo umwählig machen würde. In seiner Rede vom 3. Dezember hat der Privatkläger besonders die Tätigkeit des Angeklagten in Altpfanne einer abschätzigen Beurteilung unterzogen. Der Angeklagte, der sich durch diese Angriffe verletzt fühlte, forderte den Abgeordneten Roeren zunächst auf, seine Beschuldigungen außerhalb des Reichstages zu wiederholen. Hierauf antwortete der Abgeordnete Roeren, es sei der Sache dienlicher, wenn der Angeklagte bei der Kolonialabteilung auf eine Beschleunigung des gegen ihn schwelenden Disziplinarverfahrens dringen würde. In demselben Lage nach antwortete der Angeklagte, daß gegen ihn kein Disziplinarverfahren schwebte und daß deshalb nicht die Möglichkeit gegeben sei, auf diesem Wege die Sache zu klären. Außerdem habe er inzwischen seine Entlassung genommen. Da erwiderte der Abgeordnete Roeren, es sei bereits am 22. Juni 1906 eine Anzeige gegen ihn erstattet worden, die die im Reichstages vorgetragenen Beschuldigungen enthalte, und auf diese Anzeige habe der Kolonialdirektor erwidert, daß das Erforderliche veranlaßt sei. Am 11. Dezember 1906 erluchte nunmehr der Reichstagsabgeordnete Roeren, Rechtsanwalt Breher, die Kolonialabteilung um Beförderung der Klage, daß ein Disziplinarverfahren gegen Schmidt wieder schweben noch eingeleitet sei. Am 15. Dezember erwiderte die Kolonialabteilung, daß ein solches Verfahren weder schwebt noch eingeleitet sei.

Am 19. Dezember erklärten darauf in der Nationalversammlung und in der Tagespresse hinsichtlich der offenen Briefe, der den Gegenstand der Privatklage bildet. Dieser Brief enthält folgende für den Privatkläger verletzende Behauptungen. Es wird über ihn gesagt: 1. daß der Kläger unter dem Schutze der Immunität

dem Angeklagten die Ehe abgezwungen und wobei dessen Wissen verschwiegen gegen ihn erhoben habe, nur weil er sich nicht unter das Joch der Demutsherren habe beugen wollen; 2. daß der Abgeordnete Roeren so feige gewesen sei, die Beschuldigungen im Reichstage zu einer Zeit zur Sprache gebracht zu haben, in der er fern in Afrika gewirkt habe; 3. daß er ihn seit 1903 fortgesetzt verfolgt, und nach jedem Freispruch angesetzt habe, und 4. schließlich, daß er die Reichstagsprotokolle verwendet habe, ohne Beweiz die Dramen verächtlich und verleumderisch bezichtigt, hat der Angeklagte aus in der Hauptverhandlung aufrechterhalten, ebenso die Behauptung, der Privatkläger habe sich Rechtfertigungen zuschulden kommen lassen. Der Angeklagte nimmt den Schwur des 193 in Anspruch und behauptet, unter Wahrung seiner berechtigten Interessen den Privatkläger durch den offenen Brief zur gerichtlichen Auseinandersetzung und zur Klärung habe zwingen können. Der Angeklagte führt sich durch fünf Behauptungen des Privatklägers im Reichstage verlegt: erstens, daß behauptet wird, der Angeklagte habe die Klagen der Weissen, 40 an der Zahl, mit diesen Stößen herabartig schlagen lassen, daß

Sie Neuen vom Körper herunterhingeworfen und daß nach drei Jahren Karben von der Größe einer Hand zu sehen waren. Die Entscheidung darüber, ob eine Ueberschreitung der dem Angeklagten zustehenden Befugnisse vorhan den war, hängt davon ab, ob der Angeklagte die Verfügung des Reichskanzlers vom 22. April 1896 wegen Ausübung der Disziplinarstrafe gegenüber Eingeborenen beobachtet hat. Hiernach hat die Vollstreckung der Strafe mit leichten Knuten oder Gerren und in einer Zahl von höchstens 12 Schlägen zu erfolgen. Ferner hatte der Angeklagte in Ermangelung eines Arztes Europa zu verlassen und die Alten und Kranken auszusondern. Der Angeklagte hat im vorliegenden Falle in Ermangelung eines Arztes den Zeugen Ueeshagen zugezogen. Dieser war berechtigt, die Vollstreckung zu unterlassen, bzw. einstellen zu lassen. Die Zeuge Ueeshagen, übrigens der einzige harnommene Augenzeuge, behauptet, hätte der Angeklagte dem Zeugen empfohlen, darauf zu achten, daß nichts passiere und die Haut nicht durchgeschlagen werde, da sonst die Mission Anzeige erheben würde. Die Frage, ob die Stöße so die waren, wie der in der Hauptverhandlung vorgelegte Stöß, hat der Zeuge Ueeshagen verneint. Er behauptet, es seien frühe Gerren von der Größe des Ringfingers aus nachem Holz gewesen. Nach 5 bis 6 Schlägen hätten die Stöße angefangen, sich zu spalten. Es seien dann neue Stöße genommen worden. Im ganzen seien 5 bis 6 Stöße zur Abschüttung nötig gewesen. Vor Beginn der Abschüttung seien die Alten und Kranken ausgesondert worden. Die meisten Leute hätten 8 bis 10, höchstens 15 Schläge erhalten. Demgegenüber behauptet Vater Müller, er habe wenige Tage nach der Abschüttung zwei oder vier Brüche von den Weissen gesehen, die tiefe, handtellergroße Wunden hatten, bei denen das Fleisch ausgelegen habe. Rechtsanwält Court, der Vertreter des Vater Müller, ließ drei der geschüttigten Leute photographieren. Er behauptet, diese Leute und ein vierter Schwarzer seien damals blutig geschlagen worden und die Mitglieder des Gerichts seien darüber entrüstet gewesen. Bei diesen Widerprüchen in den Zeugnisaussagen konnte das Gericht zu einer Feststellung darüber nicht gelangen, daß eine Ueberschreitung der Verfügung des Reichskanzlers vorgelegen, und daß insbesondere den geschüttigten Leuten die Fesseln vom Körper heruntergehungen hätten.

Der zweite Punkt betrifft

die Verhaftung und Ueinterkerung des Aufwina.

Bei der Aeußerung der Worte: „Er keh ihn ins Gefängnis werfen, wo der alte Mann 40 Tage lang eingekerkert sitzen mußte, bis er halb nach seiner Entlassung verstarb.“ ist dem Angeklagten darin beizupflichten, daß die Worte von ihm so verstanden werden konnten, als habe der Privatkläger einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Ueinterkerung und dem Tod behaupten wollen. Tatsächlich festgestellt ist, daß Aufwina, ein angeschwener und beglückter Eingeborener, von kräftigem Körperbau war. Er starb über den Angeklagten beim Gouverneur Horn Verhörbe sitzen zu müssen. Gouverneur Horn gab darauf an Schmidt die Weisung, die Sache zu ordnen und mit Aufwina wie ein Vater mit seinen Kindern zu verfahren. Der Angeklagte befehl eine Verhaftung der Haupttätige ein, auf der Aufwina vernommen wurde. Ueber die Vernehmung wurde ein Protokoll angefertigt, aus dem hervorgeht, daß die Vernehmung ordnungsmäßig erfolgt sei. Als Aufwina bei der dem Gegenstand seiner Beschwerde bildenden Behauptung verhöhet, wurde er in Haft genommen. Als Grund gibt der Angeklagte an, daß Aufwina mit Hilfe der Mission und der katholischen Mision eine Ueinterkerung anzetteln wollte, und daß er fluchtverdächtig sei. Als Gouverneur Horn von der Verhaftung hörte, ordnete er sofort die Freilassung an. Die Haftstrafe wurde in der Weise vollstreckt, daß Aufwina bei Tage die Schäfte hüten mußte und des Nachts in einem gut gelüfteten Raum: eingeschlossen wurde. Neun Wochen nach der Haftentlassung starb Aufwina an gelben Fieber. Wahr ist also, daß Schmidt den Aufwina verhaften und in eigener Sache vernommen und verhaftet hat, obwohl Aufwina nicht fluchtverdächtig war, und obwohl der Gouverneur ihm die Weisung gegeben hatte, mit Aufwina wie ein Vater mit seinen Kindern zu verfahren. Umwohrt ist die Behauptung des Privatklägers, Aufwina sei ein alter Mann. Nicht erwiesen ist, daß Aufwina an den Folgen der Haft gestorben ist.

Der dritte Punkt betrifft

die Beteiligung der eingeborenen Mädchen an Festen und Tänzen.

und die Drohung an die Mütter, sie müßten für den Fall des Nichterhaltens ihrer Töchter 20 Mark Strafe zahlen. Das Gericht schätzte dem Angeklagten darin bei, daß die Worte des Privatklägers dahin zu verstehen wären, daß der Angeklagte bereit sei, gewisser sein sollte, der Befehl zum Tanze werden und die befestigte Drohung durch die Ortshölle habe bekannt machen lassen. Der Privatkläger hat zugegeben, daß er sich insofern getriert habe, daß der Erfolg nicht zur Einführung des Angeklagten, sondern des Richters Freiherrn v. Rothberg erfolgt sei. Tatsächlich steht fest, daß der Kaiserlicher Jacaba zwar bei der Fest zur Ausweisung vom Privatkläger erhalten hat, daß es aber die Drohung aus eigenem Antrieb: ungesagt hinzugefügt hat. Die Behauptung, der Angeklagte habe die Mütter mit 20 Mark bedroht, ist somit objektiv unvav.

Als unvavere wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung bezeichnet der Angeklagte weiter die Ausführungen des Angeklagten über

Schmidts Beziehungen zur Eiffrage.

Durch die Beweisaufnahme steht fest, daß die Eiffrage zwischen 35 und 45 Jahre alt und von den Zeugen v. Rothberg und Arens als höchstes Weib geschilbert ist. Sie ist eine einflußreiche Person, von den Klagen zur Frauenärztin gewählt und vom Angeklagten beauftragt worden. Als solche hatte sie keine Streitigkeiten zwischen den schwarzen Weibern zu schlichten, aber keine Gerichtsbarkeit über Männer anzunehmen. Die Zeuge Court bezeugt, daß die Eiffrage nach einer Bericht des jetzigen Stationsleiters nicht über bezeugt und der Regierung ungesagt gegeben. Nicht erwiesen und im höchsten Grade unwahrscheinlich ist nach dem Erhebungs der Verhandlung, daß die Eiffrage die Verbindung des Ehepaares war und daß dieser in geschäftlicher

die mit ihr gekonnt hat. Ferner hat der Kläger behauptet, der Angeklagte Schmidt habe sich mit der einen schwarzen Kommode nicht begnügt, sondern sich eine Schaar von 6 kleinen Mädchen gehalten, und die 15 bis 16, die noch nicht 14 Jahre alt gewesen sei, durch Weibchenliebe zur Hingabe gezwungen. Die weiteren Ausführungen des Klägers stützen sich auf die Aussagen einiger Nachbarinnen. Der Angeklagte hat früher und nachher zugestanden, daß er mit der Abblau und mit anderen schwarzen Weibern geschlechtlich verkehrt habe. Er bestreitet aber, daß er die Mädchen auf der Station, die seiner Obhut anvertraut waren, zu unzüchtlichen Taten benützt habe, und daß er die Abblau nicht vor seiner Rückkehr aus dem Heimatort gebraucht habe. Da sie aber weit über 14 Jahre alt gewesen. Auch die Anwendung von Gewalt weist er entschieden zurück. Durch die letzte Verhandlung sind die Ausführungen des früheren Urteils in keiner Weise erschüttert worden. Es liegt nicht der mindeste Beweis dafür vor, daß die Abblau noch nicht 14 Jahre alt gewesen und durch Weibchenliebe zur Hingabe gezwungen wurde. Es steht auch nicht fest, daß die übrigen Mädchen zu unzüchtigen Taten von Schmidt gebraucht worden sind. Ob die Behauptung über

Die Verhaftung der Missionare

der Wahrheit entspricht, bedarf keiner Erörterung, weil der Privatkläger gar nicht behauptet hat, daß die Verhaftung der Missionare durch Herrn Amtmann v. Kottberg auf Veranlassung des Schmidt erfolgt sei. Ebenfalls steht fest, daß die Aussage eines Kaufmanns war und daß ihr als Zeichen ihrer öffentlichen Würde ein Degen zu tragen erlaubt war. Sollte die Aussage wirklich eine Gerichtsbarkeit über die Männer ausgeübt haben, so steht nicht fest, daß dies mit Wissen und Willen des Angeklagten Schmidt geschehen ist.

Es fragt sich nun, ob der Privatkläger bei Aufstellung der beschuldigenden Behauptung im Reichstage das Bewußtsein hatte, daß sie unwahr oder nicht erweislich wahr sei. In dieser Hinsicht ist der Angeklagte den allerhöchsten sehr schwierigen Beweis der Wahrheit schuldig geblieben, da der Kläger das wesentlichste aus den Mandaten des Reichstages Court sowie aus den Verurteilungen in der Kolonialbestellung mit dem Präsesen Richter sowie mit dem Kolonialdirektor Stübel erfahren hatte. Die Behauptung des Angeklagten, der Privatkläger habe ihm wider besseres Wissen die Ehre abgeschnitten und die Tribune des Reichstages als Abgeordneter mißbraucht, ist somit nicht erwiesen. Den Beweis dafür, daß der Privatkläger eine Rechtsbeugung vorgenommen habe, dadurch, daß er in den Gang der Verhandlung und in das Verfahren der Gerichte einzugreifen versuchte, hat der Angeklagte ebenfalls nicht geführt.

Der Tatbestand des § 188 ist somit gegeben. Wenn der Angeklagte behauptete, er habe die Überzeugung gehabt, daß der Privatkläger wider besseres Wissen ihn angriff, so ist dieser Einwand nicht geeignet, die Strafbarkeit auszuweichen. Denn der gute Glaube an die Richtigkeit der behaupteten Tatsachen und die Abstreifung ihrer Nichterweislichkeit steht nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts der Anwendung der Gesetzesvorschrift nicht entgegen.

Der Schutz des § 193 war dem Angeklagten nach der Auffassung des Gerichts zu verweigern und er ist überführt, durch den offenen Brief in der „Nationalzeitung“ und in der „Täglichen Rundschau“ den Kläger Krone beleidigt und durch dieselbe Beleidigung nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet und den Kläger verächtlich gemacht und in der öffentlichen Meinung herabwürdigend zu haben. Dem Kläger wurde die Publikations-Verpflichtung in der „Nationalzeitung“ und in der „Täglichen Rundschau“ zugesprochen. Als der Vorlesende die Sitzung schloß, rief ein im Zuschauerumraum stehender, besser gekleideter Herr, indem er seinen Hut schwenkte, laut aus: „Der Vertreter der Gerechtigkeit lebe hoch!“ Der Vorlesende läßt den Herrn an den Richtertisch kommen und hält ihm vor, daß er mit diesem Aufruf an die Richtertische sich eines Vergehens schuldig gemacht. Er müsse ihn ebenfalls in eine Ordnungsbüchse nehmen, wolle aber die Sache noch einmal durchgehen lassen, da er es zweifellos gut gemeint habe.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Auf der Straße hatte sich eine große Menge gesammelt, die sich nur langsam entfernte und das Urteil lebhaft kommentierte.

Die Leiche im Zirkus.

Am fünften Verhandlungstage erklärt bei Fortsetzung der Jugendvernehmung Rechtsanwalt Döppel, daß der Angeklagte am 25. Oktober 1904 zu ihm mit dem Ertrunkenen gekommen, in seiner Werkstatt gegen den Hühner, die sich ersichtlich lange hinziehen, auf Verkleinerung hinzuwirken. Zeuge habe daraufhin aus den Akten festgestellt, daß der für den verschwindenden Hühner bestellte Vorwand die Echtheit der Wechselunterstützung betrete und daher die Verzögerung der Klage rühre. Im Auftrag des Angeklagten führte der Zeuge am 11. November 1904 bezüglich des Wechsels einen Vergleich herbei, nach welchem der Angeklagte den Looping the Loop-Apparat zurücknahm und eine Entschädigung von 2500 Mark erhielt, wenn sofort die durch die Nichtnahme des Apparates bedingten

Stadt-Theater.

„Salome“.

Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß mit diesem Bühnenwerke „der Übergang zu einer neuen Entwicklungsstufe der musikalisch-dramatischen Kunst“ gegeben ist — die ewigen Götter mögen ein energisches Veto dagegen einlegen —, dann Gnade unserem Nervensystem, unserem Trommelfell und unserem Gehör. Sollte man diese Kunst, die so ziemlich das Rückwärtsloseste darstellt, was einem menschlichen Ohre zugemutet werden kann, der Worte entkleiden und im symphonischen Gewande vorführen, so würden sich einige wunderbar instrumentierte Teile herausheben lassen, die, wenn auch raffiniert gemacht, immerhin einen reinen ästhetischen Genuß gewähren könnten. Auch im Theater sollen diese wenigen Stellen auf das Jagenschnitz auf, aber sie werden nicht so intensiv, weil der Komponist gleichzeitig von den Sängern Dinge verlangt, die eine totale Verleumdung der menschlichen Sängergattung beinhalten. Der ohnehin so unerquickliche Stoff der Wibelischen Dichtung ist in so trasse musikalische — oder richtiger gesagt: unmusikalische — Farben getaucht, daß von dem Schauspiel-Weniglichen fast nur noch das Scheußliche übrig bleibt. Daß das Publikum in hellen Scharen hinrent, beweist gar nichts; zentert es doch auch zu Stierkämpfen. Die Menge läßt sich leicht hypnotisieren, wenn ein berühmter Mann der Synopsistaur ist und die Kunst versteht. Sie ist bald lapiniert, auch wenn der berühmte Meister sich einmal vorgenommen hat, die gesamte Welt zum Narren zu halten. Der müdliche denkt, wird diesen Laun gleichgültigen Dissonanz und dem ohrenbetäubenden Orchesterlärm gegenüber steifisch bleiben und den „Salome“-Lärm als eine hoffentlich bald vorübergehende Modellanthe ansehen. — Daß das Personal unserer Bühne alles daraufsetzt, um die in ihrer Höchstleistung wohl einzig dastehende Zonensprache erträglich zu gestalten, sei gern anerkannt. Der Heros des Herrn Troppitz ist eine Prachtleistung dieses vielseitigen Künstlers, Herr Söppel beherrichte den Jochanaan ausfallslos ausgedehnt, und Herr Sievert fand sich mit dem unerquicklichen Part des Paradoch zufriedenstellend ab. Die Einzige, der das Straußsche Werk gelegen gekommen sein mag, dürfte Frau Verhulst sein; ist sie doch mit der bis ins Kleinste vollendet ausgefeilten Partie in der Reihe der dramatischen Sängerrinnen bedeutend herausgerückt. Und um ihrer grandiosen Leistung wird man sich wohl noch öfter das epochenmachende Werk ansehen.

Aus aller Welt.

Beppetta 7 Stunden in der Luft! Das Beppettische Luftschiff, das Kapitän Kallig hatte, ist Dienstag Vormittag 10^{1/2} Uhr

haben. — Junge Willi Weib ist auf Anraten von Karl Niederhofer zum Angeklagten gegangen, um Geld zu verborgen. Dieser habe ihm aufgegeben, am nächsten Tage zu erscheinen; dann werde ein junger Mann da sein, der den Looping the Loop-Apparat kaufen wolle; da solle er (der Zeuge) mitbringen und sich so stellen, als ob er den Apparat erhalten wolle. Zeuge ist denn auch hingegangen, aber der junge Mann erschien nicht, sondern nur die Frau Einselle. (Große Heiterkeit.) — Der Redakteur der „Welt“, Wilhelm Krämer, behauptet als Zeuge: Eines Tages sei Frau Einselle zu ihm gekommen und habe gesagt: „Seht ist es Zeit, daß wir mit der Geschichte herausgehen, der Dabid hat den Hühner umgebracht.“ Frau Einselle hat den Zeugen dann nach dem Hühner gefragt und ihm eine Stelle gezeigt, wo die Leiche des Hühners liegen sollte. Sie war etwa sechs Meter von dem Orte entfernt, wo später wirklich die Leichenteile gefunden wurden. Karl Niederhofer sei ein bester, aufbrauender Mensch gewesen, aber nur dann, wenn er getrunken hatte. Karl sei eines Tages zu ihm gekommen und habe ihm gesagt: „Du sag alles, was Du weißt, der Dabid hat den Hühner umgebracht.“ (Bewegung.) Als der Zeuge erfuhr, daß Niederhofer Krone verkaufte, die dem Hühner gehört hatten, habe er den ersten Artikel geschrieben. Er sei aber sehr vorsichtig gewesen und habe nicht behauptet, daß der Angeklagte der Täter sei, sondern er habe nur den Schluss gezogen, daß, wenn jemand Verbrechen von einem Verbrechen verurteilt, die Polizei die Pflicht habe, ihn als Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen. Frau Einselle sei dann fast jeden Tag ein paar Mal zu ihm gekommen. Der Zeuge, der auch Bernhard Hühner kannte, schildert diesen als eleganten jungen Mann, der besonders große Freude an Schmuckstücken hatte. Ob Hühner viel mit Frauen verkehrte hat, weiß er nicht. — Vorlesender: Haben Sie nicht Leute bei ihm gesehen, zu denen er in sozialer Hinsicht nicht paßt. — Zeuge: Ja, ich wunderte mich, daß er mit Leuten wie Niederhofer und dem Kaufmann Groß verkehrte.

Partei-Angelegenheiten.

In einem Aufruf „An die Partei“ gibt unser Parteivorstand seine Konstituierung bekannt und richtet einen Appell an die „Niederösterreichern“, angesichts der neuen Verfassungen, wie sie in der Anweisung der Parteischullehrer ihre Bestätigung finden, mit allem Eifer in die Parteiarbeit einzutreten. Besonders sei es nötig, sich für den Kampf um preussische Wahlrecht zu rüsten. Wir geben den Aufruf morgen wörtlich wieder, da er uns für die heutige Nummer zu spät zugeht.

Frauenkonferenz in Berlin. Die die „Gleichheit“ mitteilt, geht dem preussischen Parteitag am 20. November eine außerordentliche Frauenkonferenz voraus. Die provisorische Tagesordnung lautet: Die Dienstbotenbewegung. a) Agitation und Organisation. Referentin: Genossin Grünberg-Münsterberg. — b) Der Stellennachweis. Referentin: Genossin Zieg-Hamburg. — c) Der freie Dienstvertrag. Referentin: Genossin Saar-Berlin.

Die weiblichen Delegierten zum Preussentag werden aufgefordert, sich mit der Vertretung zur Frauenkonferenz betrauen zu lassen. Ferner sind weibliche Abgeordnete der Dienstbotenorganisationen eingeladen.

Arbeiter-Bildungsbestrebungen. Die Arbeiter-Bildungsschule in Berlin hat im vergangenen Geschäftsjahre 1705 Personen in den Mitgliedern geföhrt, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 423 Mitgliedern. Die Zahl der ausgegebenen Hörskarten betrug in den letzten drei Unterrichtsquartalen 428, 1189 und 1076. Der bestbesuchte Kursus war der für Geschichte, den Genosse Maurerbrocher abhielt. Das nächste Lehrquartal beginnt am 14. Oktober und umfaßt: Nationalökonomie, Soziologie (historischer Nationalismus), Gesellschaftslehre, Redenschule, Literaturgeschichte, Geschichte, Fortschrittstheorie in Nationalökonomie. In letzterem Kursus werden nur circa 20 Teilnehmer zugelassen, die mindestens einen Kursus in Nationalökonomie absolviert haben müssen.

Die sozialistische Monatschrift „Der Kampf“. Die erste Nummer der schon angekündigten sozialdemokratischen Monatschrift unserer deutsch-österreichischen Genossen ist schon erschienen. Ein Einführungsartikel der Redaktion, die aus den Genossen Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner besteht, klärt die Aufgaben des neuen Organs, das vornehmlich an der Aufhebung der vielgestaltigen Probleme arbeiten soll, mit denen das österreichische Proletariat zu ringen hat. Viktor Adler zeichnet in seinem Artikel „Neue Aufgaben“ die neuen Pflichten und erhöhte Verantwortlichkeit, die der Sozialdemokratie Österreichs aus ihrem Siege erwachsen. Kantky hat einen herzlichen Begrüßungsbrief gesandt. Weiter enthält die Nummer folgende Beiträge: Anton Hueber, Partei und Gewerkschaften in Österreich. R. Winarsky, Das neue Parteistatut. Adelheid Popp, Die erzieherische Bedeutung der Konsumvereine. Anton Remec, Proletariat, Demokratie und

die österreichische Nation. Karl Renner, Das nationale Problem in der Verwaltung. Otto Bauer, Die soziale Gliederung der österreichischen Nationen. E. Bernerker, Die Kunst und die Arbeiter. Bäckers. Die Arbeiterbibliothek. Wir wünschen dem neuen Streiter, daß er die österreichischen Genossen auf so glücklichen erfolgreichen Bahnen weiter begleiten möge, wie sie jetzt hinter ihnen liegen.

Im Kopenhagener „Sozialdemokraten“ ist jetzt die siebenstündige Arbeitszeit eingeföhrt worden, sowohl für die Maschinenleger, als auch für die Handwerker. Jeder Seiger hat 14 Tage Ferien, auch gibt es wöchentlich freie Tage, die jedem nach der Reihe zugute kommen. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdruckereien bezeichnet die Verhältnisse im Organ des Zentralorgans der dänischen Sozialdemokratie als ideale.

Arbeiterbewegung.

Zur Niederösterreichischen Bergarbeiterbewegung. Brämen für Streikbrecher! Zu welchen Mitteln Verwaltungen greifen, um Arbeitskräfte zu behalten, lehrt folgende Bekanntmachung!

In Anerkennung des guten Verhaltens der Belegschaften in der Grube und der Zerkettfabrik „Victoria“, die sich nicht zur Arbeitsverweigerung haben verleiten lassen, haben wir beschlossen, jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin, die sich am Ausstände nicht beteiligten, 7,50 Mk. an demjenigen Lohntage auszusahlen, an welchem auf allen Werken des Seiftenberger Reviers die Arbeit wieder vollständig aufgenommen worden ist.

Groß-Milchen, den 21. September 1907.
Die Direktion der Niederösterreichischen Kohlenwerke.
Gentschel, Bergwart.

Ähnlich so lauten Bekanntmachungen, welche auf den „Jife“-Werken angehängt sind und den Arbeitern für den Verrat einen Zubehörslohn von 10 Mk. versprechen.

Und willst Du nicht mein Bruder sein... Wiederholt hatten wir schon Gelegenheit, auf den Terrorismus „christlicher“ Gewerkschaftler gegenüber den Mitgliedern der freien Gewerkschaften hinzuweisen. Aus neuer Zeit dies wieder ein Fall, der sich in einer christlichen Gärtnervereinigung in Franca-Bisch-Buchholz bei Berlin abspielte. Unter dem Namen dieser Vereinigung geladene Gäste befanden sich auch zwei Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins (Freigewerkschaftlicher Richtung). Diese wollten der Beamte des „christlichen“ Deutschen Gärtnervereins, Müller, für seine Organisation gewinnen. In dem sich dabei ergebenden Disput über beide Verbände wurde der christliche Beamte Müller derartig erregt, daß er einem der beiden Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erklärte, „ihm an den Hals zu fassen und hinauszuwerfen“. Auf die „christliche“ Phrase „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, wies dieser Vorkfall jedenfalls ein bezeichnendes Schlaglicht.

Partei und Gewerkschaften in Frankreich. Die Annäherung von Partei und Gewerkschaften macht langsame, aber sichere Fortschritte. Vergangene Woche tagte in Paris der Kongress des Metallarbeiter-Verbandes. Auf ihm waren die Anarchologischen nur eine verschwindende Minderheit. Ihr Antrag, den Gewerkschaftssekretären die Mitarbeit an der „Humanität“ zu unterlassen, wurde beinahe einstimmig abgelehnt. Alle Neben, mit einer einzigen Ausnahme, haben dabei den proletarischen Klassencharakter der „Humanität“ hervor und den großen Nutzen der Mitarbeit der Gewerkschaftler an dem sozialistischen Organ. Einen Antrag der Metallarbeiter von Roubaix, mit der sozialistischen Partei in Verbindung zu treten, beantwortete die Minderheit sofort mit einem Gegenantrag auf Verbindung mit der anarchistischen Internationalen. Die Mehrheit beschloß, über beide Anträge zur Tagesordnung überzugehen und an der politischen Neutralität des Verbandes festzuhalten; sie bezeugte aber zugleich der sozialistischen Partei ihre Sympathie und lehnte die Verbindung nur deshalb ab, um keine Spaltung im Verbände herbeizuföhren. Ueberhaupt hielt sich der Kongress an gewerkschaftliche Fragen und beschäftigte sich nicht mit Fragen des politischen Kampfes. In einzelnen Departements ist die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften bereits hergestellt und in anderen steht sie bevor.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Oktober 1907.

Geschichtskalender.

1. Oktober.

- 1386 Gründung der Universität Heidelberg.
- 1684 Der französische Dramatiker Pierre Corneille in Paris t.
- 1879 Gründung des Reichsgerichts in Leipzig.
- 1906 In der elbischen Textilindustrie wird der 10 Stundentag eingeföhrt.

angestückt zur 5. Liebungsfahrt aufgeföhren. Die Anshooting und der Aufstieg gingen rasch von statten. Zur Abwechslung unternahm das Luftschiff eine zweistündige gelungene Fahrt landeinwärts über Altshausen-Ravensburg-Lindau. Eine Depesche vom Abend meldet ferner: Graf Zeppelin ist mit seinem Luftschiff nach siebenstündiger ananierbrochener Fahrt vor 7^{1/2} Uhr Abends in die Ballonhalle zurückgekehrt. Untermwegs wurden Vertreter des Kriegsministeriums und des großen Generalstabes aufgenommen. — Die Erwerbung der Luft kann also als geschehen bezeichnet werden. Wir alle, die wir das miterleben, können stolz auf diesen Fortschritt sein!

Das merkwürdige „Wohlfühllosgehen“ von Waffen bei Offizieren soll wieder einmal ein „Opfer“ gefordert haben. Berliner Blätter melden: Als sich gestern Vormittag der Leutnant v. Schmidt aus Pilsen bei 5. Gardereg. z. F. in Spandau in Gegenwart seines Vorgesetzten anstellte, entlud sich ein zufällig (i) in seiner Hosentasche befindlicher geladener Revolver. Die Kugel drang dem Offizier in der Unterleib und fügte ihm schwere Verletzungen zu. Trotz sofortiger Ueberführung des Verunglückten in eine Privalklinik, wo die Chirurgen die Kugel entfernten, gelang es nicht, das Leben des Verletzten zu retten. Der Tod erfolgte noch im Laufe des gestrigen Abends.

Seltzam, höchst seltsam fürwahr, wie bei Offizieren alles „zufällig“ hinausgefallen, und so oft sich einer wegen Schrauben oder allerlei Vergehen ereignet, geht ein Revolver oder Dienstgewehr „zufällig“ los. Sogar wenn der Revolver in der Hosentasche liegt. Wie dann müssen doch diese Blätter ihr Lesepublikum halten!

Achtzig Millionen bedroht! Aus Lissabon wird gemeldet, daß der Blick in die königliche Kasse einschlug. Die Angelegten verließen ihre Posten in wilder Panik, wodurch Banknoten und Gold im Werte von achtzig Millionen Mark unbearbeitigt blieben. Diese Gelegenheit benutzte eine Bande von Dieben, um in die Kasse einzudringen. Sie waren schon bei der Wegschaffung der Beute, als sie bemerkt und verfolgt wurden. Inzwischen nahmen die Diebe Notiz und verließen im Werte von 200,000 Mark mit. Bisher wurden sie nicht ergriffen.

Ein dreites Plagiat. Man schreibt der „Frankf. Bp.“: Vor Jahresfrist etwa gab der Scherliche Verlag als „Sonderheit der Woche“ die Woche für die deutsche Jugend heraus. Das Aufschriften eines öffentlichen Wettbewerbs sollte die Aufgabe der Luchstenden aus den Landenden erreichen, und Männer wie Viktor Blässgen, Alfred Lichtner, Max Müller, Professor Reinhold Seidel sagten in Berlin mit der Redaktion als

richter: Gegen 14,000 Beiträge wurden dem Lokomitee unterbreitet und eine große Auswahl von ihnen den Preisrichtern vorgelegt. Ein stattlicher Band in Großfolio war das Ergebnis. 17 Erzählungen wurden zur Veröffentlichung bestimmt, darunter „Christfrieds erste Reise“ von Reinhold Wichmann in Grunewald. Diese Erzählung nun ist lediglich ein Abdruck einer gleichnamigen Geschichte von Marie Mathusina, der bekannten Verfasserin des „Tagebuchs eines armen Fräuleins“, und findet sich im ersten Hefte der „Erzählungen“ von Christfried und Julius, die in dritter Auflage ein Jahr nach dem Tode der Verfasserin erschienen (Galle 1858). Das Plagiat liegt nun nicht etwa in der Benutzung und Umarbeitung der Fabel, sondern die bei M. Mathusina 25 Druckseiten umfassende Erzählung ist hier von vorn bis hinten glattweg abgeschrieben! Den Preisrichtern kann man höchstens den Vorwurf machen, daß sie in einem ersichtlich nicht unter dem Protektorat einer Traktatgesellschaft stehenden Werk einer Geschichte mit so faulstücker vorfindlicher vielstündiger Lebensaufnahme gewöhrt; keineswegs kann man ihnen aber zurechnen, die gefamte, vor einem halben Säkulum erschienene Jugendliteratur zu beherrschen. Interessant wäre es aber, wie sich der Herr „Verfasser“ zu diesem Fall, der seine Schriftstellerei in ein recht übles Licht legt, äußert.

Die Regerebevölkerung der Vereinigten Staaten beträgt 9 204 631 Köpfe. 77 Prozent sind Landarbeiter; ferner zählt man 21 000 Zimmerleute, insgesamt 20 000 Barbiers, fast ebensoviel Ärzte, 16 000 Prediger, 15 000 Maurer, 12 000 Damenschneider, 10 000 Lokomotivführer und Geiger, 5000 Schuhmacher, 4000 Musiker, 2000 Schauspieler und schließlich 1000 Rechtsanwältler.

Reine Chronik. 200,000 Mk. gestiftet hat das Kohlen-Syndikat für den Wiederaufbau der Burg Altana. Die Kohlen freilich lassen die Herren dafür um 400,000 Mk. teurer werden. — In Schottland in Lippe wurde Nachts der Müllschmeißer Langenberger auf der Straße erschlagen aufgefunden. Der Schädel war vollständig zertrümmert, außerdem war er durch Messerhiebe verletzt. Vier Verletzungen wurden in dieser Angelegenheit bereits vorgenommen. — Montag Morgen wurde in der Nähe des Bahnhofs Weiskernd auf dem Gleise die schrecklich verunstaltete Leiche des Bahnbeamten Klinterberg aufgefunden. Klinterberg hinterläßt zwei unverheiratete Kinder. Seine Frau ist ihm vor einigen Tagen in den Tod vorausgegangen. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist unauflösbar. Aus Furcht vor dem Militär, zu dem er sich erst freiwillig gemeldet hatte, hat sich in Weiskernd der 17jährige Fabrikarbeiter Groß erschossen. — Der Rentier Rudolf Giers in Oranienburg wurde in seinem Part in einem noch nicht 60 Zentimeter tiefen Loch mit gebundenen Füßen tot aufgefunden. Die Lage der Leiche und ein am Schauplatz der Tat aufgefundenen Pantoffel geben der Vermutung Raum, daß ein gräßliches Verbrechen vorliegt. Die Leiche des Verstorbenen, der im 66. Lebensjahre hand, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Lieben! Öffentliches Versammlungen.

Der Kaffler und Bildung unserer Genossinnen und Genossen dienen sollen, finden wiederum nächsten Donnerstag, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, statt, und zwar in den nachfolgenden Lokalen:

- für die Gräbischer und Gabitzer Vorstadt (Distrikte 1, 2, 3, 3a) bei Bräuer, Gohlstraße 22;
- für die Nikolainvorstadt (Distrikte 4, 6 u. 7) im Schweitzerhof, Schweitzerstraße 23;
- für die Ober- und Sandborstadt (Distrikte 8, 9 und 10) im Ballhof, Schiefwerderplatz 12;
- für die Sand- und Scheitnitzer Vorstadt in der Fürstentronen, Fürstentronenstraße 32;
- für die Orlauer Vorstadt im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses.
- für die Streblener und Schweidnitzer Vorstadt im Königsgrund, Köpferstraße 45/47;
- für die Innere Stadt in der Scala, Nikolaistraße 27.

Die Versammlungen dauern sämtlich nicht länger als etwa eine und eine Viertelstunde. Gerade im Winterhalbjahre steht ein guter Besuch dieser so außerordentlich für die Fortbildung unserer Genossen wichtigen Versammlungen zu erwarten. Möge keiner fehlen.

Oktober's Anfang.

Run ist der Sommer endgültig vorüber. Wir wollen zwar hoffen, daß die nächsten Tage noch Wärme und Sonnenschein uns bringen mögen, daß der „Minneherbst“ uns noch einige Zeit erfreuen möge, aber das alles bleibt nun doch nur noch eine kurze Galgenfrist und mit langen Schritten kommt die Zeit gegangen, die uns nicht gefallen mag, weil sie uns Regen, Sturm und Kälte bringt. Wenn die Dönn- und die Weinernte erst vorüber ist, dann wird es auch in den Kluren, auf den kalten Feldern still werden; nur den elenden Landmann, der die Scholle zur künftigen Saat bereitet und man dort sehen, und in den hundertjährigen Wäldern geben die trüblichen Ausflügel und Wanderer den Jägern den Platz geräumt. In den Städten müssen sich diejenigen, denen das Schicksal einen vollen Geldbeutel beschert hat, zum Gemische der Winterfreuden.

Nur die Proletarier sehen mit Bangen dem kommenden Winter entgegen. Für viele von ihnen bedeutet der Winter die Zeit der härtesten Lebenskämpfe, ja der Not und des Elends. Besonders in diesem Jahre machen sich die Anzeichen der weiteren Lebensmittel- und der Wohnraumverknappung bedrohlich geltend. Da kann es nicht wunder nehmen, wenn wir wünschen, daß der Eintritt der Winterzeit noch möglichst lange auf sich warten lassen und daß ihr Verlauf nicht gar zu hart auf den Armen lasten möge.

Der 1. Oktober bringt uns auch noch einige wichtige Neuigkeiten. Der Aukerfestsatzung des Kaisers und der alten Zinskapfenstättchen haben wir bereits gedacht. Dazu treten noch eine Reihe von Veränderungen auf dem Gebiete des Postwesens. Da ist zunächst die neue Postkarte, bei der man wie schon bisher bei der Ansichtskarte auch die Hälfte der Vorderseite beschreiben kann. Das Gewicht der Auslandspostkarte ist auf 20 Gramm herabgesetzt und für jede weitere 20 Gramm erhöht sich das Porto auf 10 Pfennige. Eine Neuerung sind ferner die Antwortschneide, die man bei der Post für 25 Pfennige kaufen und ins Ausland zum Umlauf gegen gewöhnliche Briefmarken schicken kann.

Au die Arbeiterschaft von Breslau und Umgebung!

Seit dem 15. September d. J. stehen im Niederlausitzer Braunkohlenbergbau circa 1500 Arbeiter im Auslande. Die Arbeiter fordern die Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit und eine 15prozentige Lohnerhöhung. Außer diesen beiden Hauptforderungen sind noch Forderungen erhoben worden, die sich auf die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten sowie die sanitären Einrichtungen der Gruben und Fabriken beziehen. Dieser Streik ist den Unternehmern sehr unangenehm gekommen, und nun werden alle Versuche gemacht, um Ersatz für die Streikenden aus allen Gegenden Deutschlands herbeizuschaffen. Dieser ist es der Streikleitung gelungen, fast alle nach dem Streikgebiet gekommenen Arbeitskräfte wieder abzuwickeln. Immer verzweifelter werden die Versuche der Werkverwaltungen. Den Arbeitern werden goldene Berge versprochen, um sie zu veranlassen, ihren kämpfenden Brüdern in der Niederlausitz in den Rücken zu fallen.

Auch nach Breslau haben die Werksbesitzer der Niederlausitz ihre Agenten bezw. Beauftragten geschickt, um Arbeitskräfte anzuwerben bezw. einen oder mehrere Stellvertreter mit der Anweisung zu beauftragen. Im letzten Sonntag kam ein Transport von 35-40 Arbeitern in Senftenberg an, die von einem gewissen Josef Scholz, Stellenvermittler in Breslau VIII, Orlauer Chaussee 19 (Fernsprecher 9779), dessen Tätigkeit festzunagen wir heute nicht das erste Mal Gelegenheit haben - auf Grund nachstehenden Kontraktes angeordnet waren.

Kontrakt.

Wir Endesunterzeichneten verpflichten uns hierdurch, die Arbeit als Fördermann bei der Gewerkschaft Louise II in Senftenberg N. O. anzunehmen, und ist uns bekannt gemacht, daß am Orte zur Zeit Auslande ist. An Tagelohn erhalten wir, bis wir eingereicht sind in die Arbeit, 5 Mark. Sofern wir die Arbeit richtig verstehen, werden wir in Accord arbeiten, wobei wir pro Tag auf 6 Mark bezw. 7 Mark kommen. Die tägliche Arbeitszeit dauert von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr, einbezogen hierin sind 1 1/2 Stunden Pausen für Essen.

Unsere Beschäftigung besteht darin, daß wir Kohle aus dem Tagebau „Grube“ zu fördern haben.

In der am Werke befindlichen Kaserne erhalten wir Logis für 5 Pfennig pro Tag. In der Kantine kostet uns das Mittagbrot 35 Pfennig, Abendbrot 15 Pfennig, Kaffee 20 Pfennig. Das uns von der Firma vorgeschossene Reisegeld wird uns in kleinen Raten vom Lohne in Abzug gebracht, und erhalten wir diesen Betrag nach zwei Monaten Arbeitszeit wieder voll ausgezahlt.

Wir versichern noch, daß wir dienstfrei, gesund und arbeitsfähig sowie mit allen diesen Bedingungen vollständig einverstanden sind und verpflichtet sind, während der Dauer unserer Beschäftigung keinem Verbandsangehörigen.

Breslau, den 28. September 1907.

(Folgen die Unterschriften.)

Es ist sehr bedauerlich, daß es noch Arbeiter gibt, die einen solchen Vertrag unterschreiben. Was nun die Angabe über die Löhne anbelangt, so sei gesagt: Wenn die Werksbesitzer die in dem Kontrakt bezeichneten Löhne an die streikenden Arbeiter zahlen würden, dann wäre die Arbeiterschaft schwerlich in einen Streik eingetreten. Daß diese Angaben nicht stimmen, beweisen die amtlichen Lohnzettel; denn es betrug der Durchschnittslohn für eigentliche Bergarbeiter (Dauer und Schleppler) im zweiten Quartal 1907 im Obergamitzbezirk Halle: Unter Tage 4.19 Mark, bei Tagesbauten 3.96 Mark.

Hieraus geht hervor, daß es noch eine große Anzahl Arbeiter gibt, die 3-3.50 Mark verdienen. Die hohen Löhne, mit denen die Werksbesitzer und ihre Agenten operieren, sind nur ganz selten zu finden. Löhne von 6-7 Mark spülen nur in den Köpfen der Werksagenten.

Im Namen der kämpfenden Bergarbeiter fordern wir die Breslauer Arbeiterschaft auf, uns in diesem Punkte sofort zu unterstützen, daß der Zusatz streng gehalten und den Agenten das Sandrecht gelöst wird. Es handelt sich in diesem Kampfe darum, für die schlecht entlohnerten Arbeiter der Niederlausitz bessere Zustände zu erkämpfen. Halte den Zusatz fern! Doch die Solidarität aller Arbeiter!

unterstützen, daß der Zusatz streng gehalten und den Agenten das Sandrecht gelöst wird. Es handelt sich in diesem Kampfe darum, für die schlecht entlohnerten Arbeiter der Niederlausitz bessere Zustände zu erkämpfen. Halte den Zusatz fern! Doch die Solidarität aller Arbeiter! Mit brüderlichen Grüßen Die Streikleitung. J. M.: Hermann Weikart, Thamm bei Senftenberg.

*** Der Bericht vom Essener Parteitage**

wurde gestern Abend in einer leider nur schwach besuchten Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins erstatet. Genosse Wiener gab in kurzen Zügen eine Uebersicht der Stimmungen und Vorgänge auf dem Parteitage, der sich unter dem Zeichen der Besonnenheit, Sachlichkeit und Ruhe entwickelte, um so mehr, als die vorangegangene internationale Tagung schon vielfache Klärungen gebracht und durch alle die Vorgänge des verflossenen Jahres ein hohes Gefühl der Verantwortlichkeit sich entwickelt hatte.

Die Stadt Essen selbst bietet weder in Architektur, in Genetrie noch sonst irgendwie Gelegenheit, geistig abzulassen, gibt aber dem denkenden Sozialdemokraten eine Fülle von Anregung für sein Gedankenleben. Auch dadurch ist der Ernst der Verhandlungen fester verankert und gefestigt worden. Die beispiellose Konzentration der Industrie, das riesenhafte Anwachsen der Bevölkerung, der heranwachsenden Vermögensverhältnisse, entstanden zum Teil aus der Produktion von Kriegswaffen, die auf das Ausland geliefert, im Kriegsfalle die ernste Hand, welche sie gegen großen Lohn herbeigeholt hat, vernichten, die elende Penckel in Patriotismus und Wohlhabereinstellungen der Kapitalisten, die Heranziehung ganzer Armeen von Lohnbrüdern, all die Dinge geben uns ebenfalls zu denken, wie die Vorgänge bei der Kaiserdeputation 1889, der Weineidprozeß von 1896, die Lichtschere von 1902 und die trogdem, oder gerade deswegen so riesig emporgeschwellten Ziffern unserer Wahlkammern und Organisationen von wenigen Tausend auf fast 36,000 bei der letzten Reichswahl, erzeugen mitten im Treibhause des Weltkriege und der Unterdrückung.

Der Verlauf der Verhandlungen ergab im ganzen recht erfreuliche Resultate. Das neue Organisationsystem, das eben erst Wurzeln zu schlagen begann, hatte laut Eberts Bericht mit einem erfreulichen Zuwachs von 38 Prozent (530,000) einestriebene Mitglieder per 1907 gegen 384,000 per 1906) zu rechnen. Ebenso ermutigend zeigt sich das Anwachsen der Leserzahl unserer Presse um rund 210,000 auf weit über eine volle Million, ferner die Abnahme der der Kontrollkommission unterbreiteten Streitfragen, die Gründung des Bildungsausschusses, der sich nicht nur beschränkt auf unsere gesamte Bewegung wirken wird und der so unendlich viel nachzuholen hat, was durch Jahrbücher als Proletariat gesündigt worden ist. Ebenso ist das neue Nachrichtenbureau als eine fröhliche Stütze und Förderung unserer Presseleitung anzuerkennen.

Ein weiterer, nicht genug zu schätzender Fortschritt ist in der Altkolnfrage gemacht. Die Darlegungen Wurm haben auch die extremsten Antikolonialisten befriedigt und die gefasste Resolution wird ihre Wirkung auf die gesamte Arbeiterschaft sicher nicht verfehlen.

Den allseitig anerkannten Hauptpunkt bildete die Rede über die Reichstagswahlen und die politische Lage. Es muß Pflicht jedes Genossen sein, sobald diese in Prospektform erscheint, sie für sich und seine Agitation ernst und eifrig als Material zu benutzen. Aus der Fülle der darin so gewiß und umfassend aufgestellten Bilder findet er einen unendlichen Quell von Belehrung und Begeisterung für unsere gute Sache. — Mit gutem Erfolg plädierten die Genossen Bruhn und Sasse für mehr Energie in der Agitation unter den über ganz Deutschland fast hilflos verstreuten polnischen Genossen.

Eitelhums Parlamentsbericht gab Gelegenheit, die Sache Mosk breiter zu treten, als nötig war. Das Proletariat wird sich im aktuellen Falle klar werden, wie es sich einer Kriegserklärung gegenüber zu verhalten hat. Ohne Elan und Begeisterung läßt sich keine Schlacht gewinnen und daran wird es bei hitzigen Kriegen sicher fehlen, sobald die Massen herangebildet sein werden.

Den Beschlüssen des Internationalen Parteitages wurde durchweg, besonders in der Kolonialfrage und der Waiseier, mit Recht zugestimmt. — Für die Tagesordnung des nächsten Parteitages in Nürnberg sind bereits festgelegt die Genossenschafts-, die Agrar- und die Landarbeiterfrage. Angenommen wurden unter anderem der Antrag auf einheitliche Wirtschaftsbücher, Beförderung der Jugendbewegung, Schaffung einer Statistik der sozialen Zusammenfassung unserer Reichstagswahlen u. Ein Appell des belgischen Genossen Willems um Unterstützung der Antwerpenen Hafenarbeiter in ihren schweren Kämpfen fand begeisterten Beifall.

Zum Schluß erwähnte der Referent die Genossen zum eifrigsten Studium des Parteitages-Protokolls und energischster Fortsetzung und Belebung der Agitation.

In der Debatte nimmt zuerst Genosse Rahm das Wort, der in Bezug auf die Waiseier äußerte, daß der Essener Beschluß keine Änderung herbeiführen würde, weil die gewünschte Unterstützung der durch den 1. Mai Gemäßregeln unmöglich sei. — Genosse Löbe ist der Meinung, daß unsere Waiseier nur dann neues Leben gewinnen kann, wenn es uns gelingt, sie aus einem gemächlichen Gartenfeste zu einer wirklichen Demonstration zu gestalten und sie mit solchen Beiträgen zu verbinden, die die Volksseele bewegen. Die Ungarn haben jetzt einen einträglichen Massenstreik und Wahlrecht angekündigt und damit sofort die Regierung zu einem Entgegenkommen genötigt. Unsere Waiseier verpufft dagegen. Wenn wir nicht dieselbe Kraft hinter unsere Demonstration setzen, dann wäre es nutzlos, sich mit Abendveranstaltungen zu begnügen. — Genosse Kadlof gibt seinem Abfall über die Abschlägung des Genossen Mosk breiten Ausdruck, der nur gesagt habe, was Bebel auch sagte. In der Kolonialfrage würde sich vielleicht noch eine Wandlung in unserer Partei vollziehen, er könne einer sozialistischen Kolonialpolitik wohl Geschmack abgewinnen, es läme nur auf das wie an. Zum Schluß wünscht Redner die Erhöhung der Beiträge; was die Armen der Armut im Erzgebirge willig getan, könnten wir auch tun.

Genosse Albert meint, Kadlof habe unrecht, wenn er sage, Mosk hätte sich in jeder Weise korrekt benommen. Das stimme nicht, denn Mosk habe keine Rede in kleinerem als in größerer Stimmung mit den Worten geschlossen: Es sei die Aufgabe der Abgeordneten, Deutschland in jeder Beziehung wehrhaft zu gestalten. Das ist mehr, wie man erlauben könne, aber deshalb hätte man die Kritik gegen Mosk weniger auffallend führen können. Die Anregung, die Waiseier stets mit aktuellen Beiträgen zu verbinden, um ihr den Charakter der Demonstration wiederzugeben, könne nur begrüßt werden. Aber wir sollten uns damit nicht begnügen. Breslau solle, ehe man sich in Berlin an die Ausführung des Versprechens betrie, die neuen Wege der Demonstrationen gebe, selbst die Initiative ergreifen. Wie bei der Demonstration vom roten Sonntag solle Breslau auch künftig, besonders bei dem bevorstehenden Preussentkämpfe, vorbildlich wirken. Die Erklärung Singers im August auf der Provinzialkonferenz und der Artikel Derzavins in der „Vollmacht“ gäben uns ja Anhaltspunkte genaug. Worten wir also nicht, bis andere endlich anfangen, sondern fangen wir selber an, dann reizen wir andere mit.

Genosse Widerra bemerkt, Moskes Haltung in der Militärfrage habe ihm nicht gefallen. Ebenfalls könnten wir die kapitalistische Kolonialpolitik nicht unterstützen. Was sollte die Arbeiterschaft davon denken, wenn innerhalb unserer Partei von einer sozialistischen Kolonialpolitik geredet werde. Er wüßte Aufklärung, wie man sich das denke. In Bezug auf die präsidentliche Wahlfrage bedauert Redner, daß die Demonstrationen vom 21. Januar u. 17. Februar nicht fortgesetzt worden seien. Nachdem Widerra und die anderen

bestimmten, daß der Zusatz streng gehalten und den Agenten das Sandrecht gelöst wird. Es handelt sich in diesem Kampfe darum, für die schlecht entlohnerten Arbeiter der Niederlausitz bessere Zustände zu erkämpfen. Halte den Zusatz fern! Doch die Solidarität aller Arbeiter!

Damit ist die Debatte geschlossen. Zum zweiten Male erstattet Genosse Wiener die Abrechnung von den verfloffenen Stadtverordneten- und Reichstagswahlen. Bezüglich der ersteren balanzieren die Einnahmen und Ausgaben mit 3578.34 Mk., die Einnahmen und Ausgaben bei den Reichstagswahlen balanzieren mit 13,761.93 Mk. Darunter befindet sich ein Zuschuß des Parteivorstandes in Höhe von 6000 Mk., von dem bereits 2000 Mk. zurückgezahlt seien. Redner erwähnt auf Befragen, daß noch einige Listen ausstünden. Dem Kassierer wird darauf Entlastung erteilt.

Einer Anregung Alberts zufolge wird der Parteivorstand an die Gewerkschaftsbeamten in Breslau ein Schreiben richten, die Parteiverfassungen regelmäßig zu besuchen, da bisher eine größere Anzahl derselben fernblieben. In der kurzen Aussprache wurde betont, daß die betreffenden Gewerkschaftsbeamten die Pflicht hätten, sich um die Parteiorganisation zu kümmern. Der Vorsitzende Genosse Neerlich wird das Nötige veranlassen.

*** Die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten**

finden bekanntlich Donnerstag, den 14. November statt. Vergeße kein Wahlberechtigter, sich in die Liste der Wähler eintragen zu lassen! Die Wahl vollzieht sich bekanntlich nach dem Proportionalstem mit gebundenen Listen. Sie ist unmittelbar und geheim. Zu Bestimmern können nur Personen benannt werden, die das 30. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre keine Armeunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder eine solche nicht zurückgestellt haben und im Stadtbezirk seit mindestens zwei Jahren beschäftigt sind. Personen weiblichen Geschlechts und Ausländer sind nicht wählbar; desgleichen Personen, denen durch Strafurteil die Fähigkeit zur Beileidung öffentlicher Ämter aberkannt worden ist, oder wegen die das Hauptverbrechen wegen eines Verbrechens eröffnet ist, daß die Abrechnung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann; endlich Personen, die insofern gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Die Wahl vollzieht sich bekanntlich nach dem Proportionalstem mit gebundenen Listen. Sie ist unmittelbar und geheim. Zu Bestimmern können nur Personen benannt werden, die das 30. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre keine Armeunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder eine solche nicht zurückgestellt haben und im Stadtbezirk seit mindestens zwei Jahren beschäftigt sind. Personen weiblichen Geschlechts und Ausländer sind nicht wählbar; desgleichen Personen, denen durch Strafurteil die Fähigkeit zur Beileidung öffentlicher Ämter aberkannt worden ist, oder wegen die das Hauptverbrechen wegen eines Verbrechens eröffnet ist, daß die Abrechnung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann; endlich Personen, die insofern gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Bei der Wahl ist die Stimmabgabe auf die rechtzeitig eingegangenen gültigen Vorschlagslisten beschränkt. Nur solche Wahlgettel sind gültig, die in sämtlichen benannten Personen mit sämtlichen Personen einer gültigen Vorschlagsliste übereinstimmen.

*** Neue Versuche zur Rettung unserer Grundwasserwerk**

gestern bereits berichteten wir, daß nach einer den Stadtverordneten zugegangenen Magistratsvorlage auf dem Gelände am linken Oberufer, oberhalb unserer jetzigen Grundwasserfassungsanlage, bis nach Orlau hin neue geologische Bodenuntersuchungen vorgenommen werden sollen. Wie der Magistrat in seiner Begründung der Vorlage durchaus zutreffend bemerkt, kann trotz der Verbesserung unserer Flußwasserwerkung durch die neue Filteranlage als einzige bessere Wasserquelle für Breslau nur ein gutes Grundwasser in Frage kommen, und auch nur dann, wenn es in solcher Nähe gefaßt werden kann, daß die Kosten der Förderung und Zuleitung nicht zu hohe werden.

Wenn nun die weiteren Bestrebungen nach Auffindung einer solchen geeigneten Wasserentnahmestelle nicht bloß Enttäuschungen bereiten sollen, so ist eine genaue Kenntnis der Bodenschichten in der Umgebung von Breslau unbedingtes Erfordernis. In einer einheitlichen geologischen Untersuchung der Umgebung von Breslau und insbesondere der Oberniederung hat es aber bisher gefehlt. Deshalb ist ein einigermaßen sicherer Schluß auf die vorhandenen Grundwasserhältnisse bisher unmöglich gewesen.

Nun interessiert die städtische Verwaltung natürlich in erster Reihe die Frage, ob eine Verlängerung der vorhandenen Leitung das erwünschte Wasser vielleicht bringen kann, so ist der Magistrat mit der Geologischen Landesanstalt wegen Vornahme der betreffenden Untersuchungen in Verbindung getreten. Zunächst soll eine Begehung des Geländes und Untersuchung des Untergrundes bis auf etwa 2 Meter Tiefe mittels Stahlfonde erfolgen. Soweit hierdurch die Schichtenlagerung des Untergrundes nicht festgestellt werden kann, sollen vereinzelt tiefere Bohrungen bis in die unbrauchbare Tonsschicht ausgeführt werden. Die Hauptkosten will die geologische Landesanstalt auf ihren Fonds übernehmen und die Stadt soll nur die baren Auslagen für die Bohrarbeiter und die besonderen Mehrkosten für die Arbeitsleistungen und zeichnerischen Arbeiten tragen. Diese Kosten sind auf 3000 Mark geschätzt. Dazu treten noch die Kosten für die Einsetzung von etwa 40 Bohrfächern bis auf die unbrauchbare Tonsschicht mit etwa 3500 Mk., so daß im ganzen ungefähr 6500 Mk. Kosten entstehen sollen.

Der Magistrat hält die von der geologischen Aufnahme zu erwartenden Aufschlüsse über die Bodenschichten für außerordentlich wertvoll und von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung unserer Wasserzukunft. Daher beabsichtigt er, die Untersuchungen auch auf andere Gebiete unserer Umgebung auszuweiten zur Feststellung, ob und welche Gebiete für die Gewinnung von Grundwasser überhaupt in Frage kommen. — Uns aber bleibt bei der Angelegenheit nichts anderes übrig als uns in Geduld und Hoffnung zu fassen.

*** Von der Bauarbeiter- und Arbeiter-Inspektion**

Ohne auch nur im geringsten zu übertreiben, können wir versichern, daß der Besuch der Gerüstausstellung ein immer regerer wird. Die Teilnahme der Metallarbeiter, sowie der Holzarbeiter an der Beschäftigung kann als eine recht erfreuliche bezeichnet werden. Außer den Arbeitnehmern waren auch die Arbeitgeber in großer Zahl erschienen, unter anderem auch die Dach- und Schieferbedeckung mit ihrem Obermeister Rubel; ferner eine größere Zahl von Baumeistern u. aus der Provinz. Am gestrigen Tage weifte im Auftrage seiner Behörde der Gewerkschaftsinspektor G. die Auslegung in der Ausstellung und gab dem Leiter der Ausstellung mehrere Aufträge auf Modelle und andere Bauarbeiter-Inspektionen. Von allen Seiten wird die Ausstellung

Eine Aufsperrung der Tabakarbeiter- und Arbeiter-
kassen ist gestern bei der Firma Otto Deter ausgebrochen. Die hohen Nests- und Lebensmittelpreise, die Erhöhung der Steuern usw. machten es schon längst notwendig, daß sich die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen aufraffen, um sich durch die Organisation bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Bei der Firma Otto Deter, Friedrich-Wilhelmstraße, kommt noch hinzu, daß in letzter Zeit das Material immer schlechter und dementsprechend auch der Verdienst immer geringer geworden ist. Der Durchschnittsverdienst eines Zigarrenmachers beträgt 10 bis 12 Mark pro Woche, Kollerninnen und Widelmachern verdienen 9 bis 12 Mark und nur wenige sind es deren Lohnbezüge etwas höher stehen. Vor acht Tagen wurden die Arbeiter vorstellig und es wurde ihnen versprochen, daß sie besseres Material erhalten würden. Da das Material aber trotz der gemachten Versprechungen nicht besser wurde, sind die Arbeiter gestern abends wieder vorstellig geworden. Bei den Unterhandlungen erriete Herr Deter: „Wenn nicht paßt, kann gehen; geht, geht!“ Darauf legten sämtliche Koller, Kollerninnen und Widelmacher die Arbeit nieder. Durch das schlechte Material bei den Kollern wurde auch den Widelmachern das Arbeiten erschwert, indem die Koller weniger Zigarren fertig brachten und deshalb keine leeren Formen vorhanden waren, so daß die Widelmacher nicht arbeiten konnten. Niemand konnte so einen ordentlichen Lohn erzielen. Die Kollegen und Kolleginnen erklärten, daß sie bei einem solchen Verdienst nicht existieren können. Herr Deter erklärte dann wieder, zuerst einmal mit seinen Kollegen Rücksprache zu nehmen. Herr Inspektor Demele wäre zu empfehlen, einmal die Lohnlisten der Arbeiter durchzusehen. Er würde dabei finden, daß Familienväter mit den verdienten Löhnen nicht auskommen können. Und doch ist es gerade Herr Demele der Herrn Deter zu überzeugen versucht, daß es nicht nötig sei Lohnzulagen zu gewähren.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden an ihren Forderungen festhalten, bis ein nennenswertes Entgegenkommen bewiesen wird.

Das der Hausbesitzer-Mietskontrakt in vielen Punkten ungeschicklich ist und den guten Sitten widerspricht, haben wir schon oft genug nachgewiesen. Unter anderem befindet sich in dem Verträge auch eine Bestimmung, daß die Miete bis zum dritten Tage des Quartals bezahlt sein muß, und ein späterer Paragraph besagt, daß jeder Mieter, der gegen eine der vorstehenden Bestimmungen verstößt, sofort ohne Kündigung ermittelt werden kann, nichtsdestoweniger aber für das Quartal die Miete zahlen und den Miet und das Haus los halten muß, bis die Wohnung wieder vermietet ist. Nun haben auch Breslauer Richter entschieden, daß unter gewissen Voraussetzungen diese mehr als rigorosen Bestimmungen unangstig sind, und daß es selbst im Breslauer Hausgesetz nicht gestattet ist, einen Mieter auf Grund dieser Bestimmungen so kurzer Hand herauszuwerfen. Der Sachverhalt ist nach der „Breslauer Zeitung“ folgender: Ein Hausbesitzer war mit der Mietszahlung einige Tage im Rückstand geblieben und zahlte das Geld, als er es am sechsten oder siebenten Tage endlich bekommen hatte, aus Furcht vor dem gestrengen Hausbesitzer nicht an diesen direkt, sondern an den Hausknecht. Der Herr war, als letzterer es ihm brachte, sehr ungeduldig, weil er einen Mieter in Aussicht hatte, der ihm für die Wohnung mehr geben wollte, und weil er deshalb von dem kontraktlichen Ermittlungsrecht Gebrauch zu machen gedachte. Er beschloß deshalb dem Hausknecht, das Geld zurückzugeben, und als der Mieter es nicht annahm, schrieb er ihm, daß er es zwar annehme, sich aber trotzdem das Ermittlungsrecht vorbehalte. Dann strengte er wirklich die Ermittlungsfrage an, wurde aber vom Amtsgericht Breslau damit abgewiesen, und zwar mit folgender Begründung: Da es sich um eine Prämienrenten-Zahlung handelt, so muß der Kontrakt, der die Leistung des Gegenkontrahenten einmal angenommen habe, nun auch seine Erfüllung leisten, wenn auch jene Leistung etwas zu spät erfolgt sei. Nur wenn er das Geld ausdrücklich nicht als Mietsbetrag, sondern zur Tilgung ihm in der Folgezeit etwa durch die Schuld des Mieters erwachten Urlofen angenommen hätte, würde er berechtigt gewesen sein, den Auszug des Mieters zu fordern und die Ermittlung durchzuführen. Das Urteil wurde auf die Berufung des Hauswirts von der ersten Zivilkammer des Breslauer Landgerichts bestätigt.

Der Magistrat und die Sonntagstraße der Hausbesitzerarbeiter. In unserem gestrigen Artikel hat sich infolgedessen der ganzen Gebantenangriff der Dandlischer eingeschlichen, als es in der zweiten Zeile heißt: „Eine am vorigen Sonntagabend einberufene Transportarbeiterversammlung“. Es muß richtig heißen: „Eine im vorigen November einberufene...“ Das ist aber der Kern der ganzen Geschichte, daß die Transportarbeiter seit dem November vorigen Jahres vergeblich auf Antwort vom Magistrat warteten.

Das die Müllabfuhr in Breslau viel zu wünschen übrig läßt. haben wir in diesen Spalten schon oft genug festgestellt müssen. Jeder Versuch hier an die Stelle des bisherigen durchaus veralteten und gesundheits-schädlichen Abfuhrsystems ein neues zu setzen, muß daher mit Emsigkeit begrüßt werden. Wenn auch die Frage, ob das Müll zu verbrennen oder anderweit zu verwerten sein wird, für unsere Stadtverwaltung noch nicht entschieden ist, so hat der Magistrat doch bereits mit zwei Wagen verschiedener Systeme eingehende Versuche angestellt, um an Stelle der jetzigen Körnerwagen mit Korbbodenverklebung einen Wagen zu erhalten, durch den die lästige und gesundheits-schädliche Staubentwicklung bei Entleerung des Mülls in die Wagen möglichst vermieden wird. Von diesen Wagen genügt, nach Ansicht der Verwaltung, der von der Firma Ehr. Schäfer in Kassel gekaufte Wagen allen Ansprüchen, die billigerweise an eine haushaltliche Müllabfuhr gestellt werden können. Der Wagen ist bereits einige Male in Betrieb gestellt worden und der Magistrat beschäftigt weitere Wagen dieses Systems anzuschaffen.

Der Wagen ist mit abhebendem Wagenkasten gebaut, der mittels besonderer Ueberholungsrichtung auf elektrische Unterwagen (Transportwagen) überzuführen ist. Die die Ueberholungsrichtung beschaffen sein soll, kann nur durch praktische Versuche gefunden werden. Sie muß es jedenfalls dem Körnerwagen möglich machen, die vollen Wagenlasten vom Unterwagen des Körnerwagens allein leicht und sicher auf den elektrischen Unterwagen überzuführen. Um zu einem brauchbaren Spezialfahrzeug zu kommen, hat der Magistrat daher nach Anordnung der Magistratsverwaltung und der Verwaltung der Straßenbahn beschlossen, den letzteren einen Unterwagen als Versuchswagen bauen zu lassen, der geeignet ist, eine Anzahl voller Wagenlasten der Körnerwagen aufzunehmen. Eine genaue Beschreibung des Transportwagens läßt sich nicht geben, da seine Konstruktion während der Ausprobung mancherlei Veränderungen unterworfen wird. Der Wagen wird jedenfalls 7 Meter lang und 2,1 Meter breit zu bauen sein und die Höhe des Vorderenden Müllwagens zu empfinden haben. Der aus kräftigen Weisen zusammengebaute Rahmen soll ferner auf zwei vorhandene Motorwagenachsen gestellt werden. Die Ueberholungsrichtung am Unterwagen ist als einfache Schiffschiffel gedacht, in welche die Wagenlasten beliebig eingeschoben werden können und welche durch eine Kurbel mit Schweißradbewegung bewegt wird.

Die Kosten für den Versuchswagen lassen sich nicht veranschlagen. Die benötigte Summe von 3000 Mark beruht auf Schätzung und auf dem Preise der Straßenbahn-Verkehrsmittel mit einem Zuschlag von 1000 Mark für die Ueberholungs-

richtung und Aenderung an der Ausprobung. Der Wagen soll alsbald gebaut, die Kosten aber auf den Etat des Magistrats für 1908 gebracht werden. Sollte der Wagen später seinem Zweck der Beförderung der Müllwagenlasten wider Erwarten nicht entsprechen, so kann er als gewöhnlicher Transportwagen für die Straßenbahn benutzt werden. Von den Baukosten würden alsdann nur etwa 800 Mark bis 1000 Mark verloren sein.

Klage eines Schwachmünnigen. In der Sitzung des Gewerbeausschusses vom 26. September unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Dr. D. wurde eine recht eigenartige Streitsache verhandelt. Ein tauchstumm Schreierlegende klagte gegen eine Anzahl Schneidermeister, die alle zum Termin erschienen waren. Der Gesell hat bei allen zu verschiedenen Zeiten gearbeitet und behauptet, nicht den richtigen Lohn erhalten zu haben, von einigen will er garnichts bekommen haben. Die Meister dagegen erklärten, nicht einen Pfennig Lohn schuldig zu sein. Von einem der Meister fordert der Kläger 216 Mk., von dem zweiten 125 Mk. und so fort bis herunter auf 24 Mk. Die Beklagten bemerkten, daß es mit dem Gesellen nicht ganz richtig sein könne und auch dem Gewerbeamt schien es, als ob die Forderungen in der That nicht der Gesellen seien. Es beschloß in der ersten Verhandlung ein ärztliches Gutachten über seinen Gesundheitszustand eingeholen, allerdings auf Kosten des Magistrats. Der unglückliche Mensch wurde mehrere Tage beobachtet und die Ärzte stellten das Gutachten dahin ab, daß der Geselle bei seiner hochgradigen Schwachmünnigkeit in Verbindung mit der Taubstummheit nicht im Stande sei, seinen Willensbestimmungen frei. Auf Grund dieses Gutachtens hielt das Gewerbeamt den Kläger nicht für beschuldigt, er muß einen Pfleger erhalten.

Der Wirkungsbereich des chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Breslau soll vom 1. Oktober ab über den Stadtkreis hinaus auf den Landkreis Breslau, den Stadt- und Landkreis Bielew, und die Kreise Guben, Müllitz, Groß-Bartenberg, Kamslau, Neumarkt, Ohlau, Steinau, Trebnitz und Wohlau ausgedehnt werden. Die Anregung hierzu hat eine behördlichseits ins Leben gerufene Organisation gegeben, die eine wirksame Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen ermöglichen soll, nach welcher Mittel- und Niederschlesien eine Anzahl Untersuchungsämter mit bestimmten zugewiesenen Bezirken errichtet wurden, an welche eine nach der Kaufkraft der Bevölkerung oder der Anzahl der Verkaufsstellen bemessene Zahl von 2 bis 4 jährlich von der Kreispolizeibehörde einzuliefern sind. Die Ausübung des chemischen Untersuchungsamtes als öffentliche Aufgabe ist durch die Stadt Breslau außer den einflussreichen Behörden für die Untersuchungen auch die Einnahme aus den Strafakten, und wenn daher auch seitens der Regierung eine Garantie dafür, daß die Einnahme auch die Verbrauchenden decken würden, nicht übernommen bzw. ein darauf abzielender Vertrag nicht abgeschlossen werden konnte, weil der Staat nicht Träger der Organisation ist, so rechnet der Magistrat auf etwa 11.000 Mk. Einnahmen — auf 300 Einwohner je eine jährliche Probeentnahme —, denen an sachlichen und persönlichen Mehraufwendungen für zwei Chemiker und zwei neue Arbeitsplätze 9000 Mk. gegenüberstehen. Für die Zukunft wird allerdings die Erweiterung des Amtes auch eine Verlegung bzw. Schaffung eines eigenen Heimes für dasselbe nötig machen.

Die „Koten Radler“, die augenblicklich bei uns in Breslau ein Verbreitungsgebiet bilden, sind nicht etwa die Italiener unserer Arbeiterabnehmervereine. Es sind die in rote Röhre gekleideten jugendlichen Angehörigen eines neuen großstädtischen Verkehrsvereins zur Vermittlung einiger Pechleistungen und Besorgungen. Die „Koten Radler“ sollen Allererste sein; auf telephonischen Anruf hin eilen sie auf ihrem Stabros herbei, besorgen Broschen, bringen eilige Briefe und Bestellungen zur Post, vermitteln Viehschiffe, Blumen, Pakete und anderes von Haus zu Haus. Aber ihre Tätigkeit ist noch viel mannigfaltiger: sie treten als Fremdenführer auf, ebenso wie sie Gunde spazieren führen, simerlichen Damen gehen sie in den Abendstunden den Pfeiler ab und am Tage beaufsichtigen sie Kinder auf den Spielplätzen. Mit einem Worte: die Koten Radler sind wie gesagt Allererste. Daß sie allerdings eine rote weisfarbende Uniform tragen, das hätte — weiß Gott — unter allen Umständen verhindern sollen!

Vom Breslauer Konsum-Verein. Wie die Direktion bekannt gibt, werden die auf 10 Mk. lautenden Gedenkmünzen aus dem Jahre 1907 auf Wunsch schon jetzt im Vereinskomitee, Kreuzstraße 28, gegen Vorlegung des Quittungsbuchs eingelöst und zwar von Dienstag, den 1. Oktober ab bis zum Schluß des Geschäftsjahres mit 10 Prozent, d. h. 1 Mk. für das Stück.

Eine Feinhalde soll auf der Promenade, Ecke Ohlauerstraße und Stadtplatz zur Aufstellung gelangen. Und zwar soll dazu die eiserne Halle verwendet werden, die auf dem Königsplatz dem Bismarckbrunnen weichen mußte und seitdem im städtischen Bauhofe gelagert hatte. Die Halle soll gegen einen Mietzins von 300 Mk. an dem hiesigen Fabrikbesitzer Otto Wendorf vermielt werden.

Die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums ist vom 1. Oktober ab wieder in den Abendstunden geöffnet und zwar eine Stunde länger als bisher, also von 6—9, um den Kunstgewerbetreibenden, die tagsüber oft bis 8 Uhr beruflich in Anspruch genommen sind, Gelegenheit zu geben, Gelegenheit zu geben. Sollte sich diese Vorlesung nur verjüngte Neuerung bewähren, wird sie endgültig eingeführt werden.

Sambotat-Verein für Volkshilfe. Zu dem Klavierabend des Herrn Dr. Georg Dohrn (15. Oktober), — zu den Frühlings durch das Kunstgewerbemuseum, sind Eintrittskarten in ermäßigten Preisen — und Abonnementsarten (nur noch zu 8 Mk.) für die vollständigen Mittwoch-Konzerte des Orchestervereins für die Mitglieder und deren Angehörige täglich im Sekretariat, Sadowastraße 60, hochpt., zu ermäßigten Preisen zu haben.

Kunstgewerbemuseum. Die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums (Oranienstraße 14) ist vom 1. Oktober ab wieder in den Abendstunden geöffnet und zwar eine Stunde länger als bisher, also von 6—9, um den Kunstgewerbetreibenden, die tagsüber oft bis 8 Uhr beruflich in Anspruch genommen sind, Gelegenheit zu geben, Gelegenheit zu geben. Sollte sich diese Vorlesung nur verjüngte Neuerung bewähren, wird sie endgültig eingeführt werden.

Die Ausrüstung des Löwewagens greift nun auch auf Schallkassen über; viele von ihnen tragen allerlei eingebaute Figuren und Silber auf den Händen, Arme u. s. w. Dem Schallkassen Schwinke in Gießen ist diese Vorliebe jedoch zum Verhängnis geworden, da er sich eine schwere Blutvergiftung zuzog, daß er sich in ärztliche Behandlung geben mußte.

Bambasen. In den letzten Tagen sind auf dem Döwitzer Komunal-Friedhofe von einer Anzahl von Gräbern schöne Lebensbäume teils verschämelt, teils gerastet worden. Trotz eifriger Aufsicht und verstärkter Nachwachen war es der Friedhof-Verwaltung bisher nicht möglich, der Täter habhaft zu werden.

Strassenfreigabe. Die östliche Straße am Rhedigerplatz zwischen August- und Döwitzerstraße ist dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Unglücksfälle. In das Krankenhaus der barmherzigen Brüder wurden eingeliefert: ein Gärtner aus Pöschel, der von einer Leiter abwärts und einen Schlüsselbruch erlitt; ein Arbeiter aus Kattowice, dem eine Lawe von dem rechten Unterarm abfiel; ein Arbeiter von hier, der von einem Wagen gefallen und sich den linken Arm verlor; ein Arbeiter aus Bleichwitz, der fiel und sich die linke Hand verlor; ein Schüler aus Kattowice, der von einem Wagen geschlagen worden und am rechten Fuß verletzt worden; ein Arbeiter aus Klein-Gandau, der von der Treppe gefallen und Kopfverletzungen davontrug; ein Schüler aus Kattowice, der sich beim Abhaken der Müllbehälter mit der Sichel in die linke Hand schied; ein Arbeiter aus Kattowice, dem ein Transmissionsriemen von der Lokomotive auf den Kopf geworden war, so daß er durchschnitten erlitt; ein Knabe aus Gumpen, dem ein Dampfwagen über den rechten Fuß gefahren, wodurch er Querschnitten erlitt; ein Arbeiter aus Kattowice, der sich mit einem Rechen in die Hand schied.

Vermitzt werden seit dem 26. d. M. die 77 dem 10 Jahre alten Knaben Billy und Max Fabian, Mehlgasse 60. Die Knaben dürften sich umherreiben.

Unglücksfälle. Am 29. d. M., Abends, kam auf der Weidenstraße ein Goldarbeiter zu Fall und brach das rechte Bein. Ein Fleischergehilfe stürzte auf der Messergasse zu Boden und erlitt einen schweren Bluterguß im rechten Knie. Die Verunfallten fanden im Krankenhaus-Hospital Aufnahme.

Feuer. Am 29. d. M., Nachmittags, brannte auf der Viehweide ein großer Haufen Kartoffelkraut und Rauch nieder, so daß die Feuerwehr gerufen werden mußte.

Diebstähle. Einem Stellenbesitzer aus Kattowice wurde in einer Restauration am Neumarkt ein Portemonnaie mit 18 Mark entwendet. — Einem Unteroffizier der Schutztruppe wurden auf dem Schaufflerplatz an der Michaelisstraße drei Hundertmarkscheine gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Zur Ausflüchtung!

Seit einiger Zeit befinden sich die Arbeiter der brauereien Brau-Commune, Heinrich Timmer und Schloßbrauerei in Liegnitz im Kampf um Verbesserung ihrer Lebenslage. In welcher Weise die organisierten Brauereien es verstanden, im vorigen Jahre auf Kosten der Gastwirte wie des Publikums einen Mehraufschlag auf ihre Produkte durchzuführen, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Die Brauerei H. Timmer produziert rund 35.000 Hektoliter Bier jährlich, der Bierausschlag betrug 2 Mark pro Hektoliter, das ist ein Aufschlag von 70.000 Mark. Die Brauerei besaß den Betrieb mit rund 30.000 Mark, mithin hat die Brauerei einen Mehraufschlag durch die Brauereier von rund 40.000 Mark. Die Rohmehrhöhe, welche die Arbeiter fordern, beträgt rund 6.000 Mark jährlich. Die Brauerei Brau-Commune produziert rund 25.000 Hektoliter, mithin beträgt der Mehraufschlag rund 50.000 Mark, die Brauereier besaß den Betrieb mit rund 20.000 Mark, mithin verstand es auch diese Brauerei, ein Mehr von rund 30.000 Mark für sich zu erobern. Der mehr geforderte Lohn beträgt rund 5000 Mark. Die Schloßbrauerei produziert rund 5000 Hektoliter. Hier beträgt also der Aufschlag rund 10.000 Mark. Die Befragung durch die Brauereier betrug rund 4000 Mark, also auch hier wurde ein Mehr von 6000 Mark jährlich erzielt, während die geforderte Lohn-erhöhung auch hier in seinem Vergleich zu dem erhöhten Gehalt steht.

Diese Brauereien verstanden es also, durch die Brauereier für sich einen Mehraufschlag von rund 76.000 Mark auf Kosten der Allgemeinheit zu sichern. Vergleiche man die Forderung der Arbeiter in der Gesamthöhe von rund 14.000 Mark, so muß jeder vernünftige denkende Mensch den Arbeitern mit seiner Schimpflichkeit auf die Seite stehen.

Die streikenden Arbeiter appellieren deshalb an die Vernunft und das Gerechtigkeitssinn der Liegnitzer Einwohner.

Wer mithelfen will, daß den streikenden Arbeitern ihr Recht werde, trinke deshalb so lange aus diesen Brauereien kein Bier, bis dieselben die Hand zu einem annehmbaren Frieden bieten.

Das Gewerkschaftskartell. Der Brauereiarbeiterverband.

Görlitz, 30. September. Genosse Schwarz.

Am Sonntag wurde unter äußerst zahlreicher Beteiligung der hiesigen Arbeiterchaft unser alter Genosse Hermann Schwarz aus Pöschel zur letzten Ruhe getragen. Witten in seiner Arbeit an der Fabrikmaschine setzte ein Herzschlag seinem Leben ein Ziel. Der Verstorbene war 9 Jahre Mitglied des deutschen Holzarbeiter-Verbandes und hat sich als braves Mitglied bewährt. Außerdem war auch der Verstorbenen nach dem Tode 1870 von dem damaligen Generaldirektor Gregor von der hiesigen Leinen-Allien-Gesellschaft, bei dem er als Diener beschäftigt war, bei dem hiesigen Arbeiterverein als Mitglied angemeldet worden, und zahlte derselbe seitdem, also seit 37 Jahren seine Beiträge. Wer nun aber gedacht hat, daß nun der Arbeiterverein dem langjährigen Mitglied die letzte Ehre geben würde, der schätzte die Herren Patrioten zu hoch ein. Vielmehr stellte ein Abgesandter des berühmten Herrn Klein an die Hinterbliebenen das Ansuchen dem Holzarbeiter-Verbande, also seinen Arbeitsgenossen, die Teilnahme an dem Trauerzuge zu verbieten! Da dies mehr als skandalöse Ansuchen seitens der Genossenschaft abgelehnt wurde, wurde vom Arbeiterverein die Parole ausgegeben der Beerdigung fernzubleiben. Jedemfalls fürchtete der Arbeiterverein, von dem höchstens ganze 15 Mann erschienen waren, sich allzusehr zu blamieren gegenüber den Holzarbeitern, von denen nahezu 200 Mann dem verstorbenen Genossen und Bestimmungsgenossen die letzte Ehre gaben. Für den denkenden Arbeiter aber zeigt dieser Vorfall aufs neue, daß in derartigen Vereinen für ihn kein Platz ist. Insbesondere den Repressiven, die jetzt zur Reserve entlassen worden sind, sollte die fer Vorfall zu denken geben. Herr Klein aber hat nur für uns agitiert, indem er auch dem einfachsten Arbeiter Veranlassung gab, darüber nachzudenken, wo deutsche Ehre und wo deutsche Sitten hochgehalten werden.

Brieg, 1. Oktober. Gewerkschaftskartell. Vor kurzem sind vom Gewerkschaftskartell Fragebogen an die organisierten Arbeiter ausgegeben worden zwecks Feststellung, wer Abonnent der Arbeiterpresse ist und wer nicht. Die Fragebogen sind nun größtenteils abgeleitet worden und soll das Material nun dem Parteivorstand zur weiteren Verfügung gestellt werden. — Der Vorstehende des Fabrikarbeiterverbandes ersucht in einem Schreiben um Sitz und Stimme im Gewerkschaftskartell, was jedoch abgelehnt wird. Ein Delegierter des Fabrikarbeiterverbandes erklärt, in einer der letzten Versammlungen hätte Genosse Joppich-Breslau sich dahingehend geäußert, die Generalkommission schreibe vor, daß jeder Vorstehende einer Gewerkschaft Sitz und Stimme im Gewerkschaftskartell habe, was aber doch ganz neu sei. Mithin wurde, daß sich in kurzem die Bauarbeiter sowie auch die Arbeiter dem Kartell anschließen wollen. Vom Vorstehenden wird der Besuch der Ausübung der Bauarbeiterkommission in Breslau empfohlen. Unentschuldig fehlte Dachbender Lepner.

Kattowice, Provinz Posen, 30. September. Immerhin mitzunehmen — zwei und zwanzig Prozent! Die Generalversammlung der hiesigen Zuckerrübe setzte die Dividende auf 22 Prozent fest. Die Verwaltung stellte mit, daß die Ausfichten als gut zu bezeichnen seien. Ein größerer Posten der diesjährigen Kampagne sei zu einem besseren Preise als im Durchschnitt der letzten Jahre bereits verkauft worden.

Die Inhaber der Aktien der Fabrik werden wohl nun auch den Arbeitern eine Aufbesserung der niedrigen Löhne zuteil werden lassen!

Kleine provinzielle Nachrichten.

Zwei neue Erkrankungsfälle an Typhus in Königsbrunn sind amtlich zur Anzeige gekommen. Ein Grubenarbeiter ist an Typhus gestorben. — In Janowo im Kreise Schreda sind drei weitere typhische Saisonarbeiter, die mit den Kranken in Berührung gekommen waren, an dem schwarzen Fieber erkrankt. Die Abwehrmaßnahmen sind ebenfalls durchgeführt.